

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1959

Ausgegeben am 27. November 1959

61. Stück

- 236.** Kundmachung: Beitritt Haitis und Pakistans zur Konvention über den Zollwert von Waren und die Ratifikation derselben durch Dänemark.
- 237.** Kundmachung: Weitere Beitritte zum Abkommen über die Errichtung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens.
- 238.** Kundmachung: Beitritt Koreas zur Internationalen Meter-Konvention.
- 239.** Kundmachung: Ratifikation der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes durch Indien.
- 240.** Kundmachung: Ratifikation des Internationalen Abkommens über Leichenbeförderung durch die Türkei.
- 241.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens, betreffend die Veröffentlichung der Zollltarife und die Organisation einer internationalen Vereinigung zur Veröffentlichung der Zollltarife, sowie des Änderungsprotokolles hiezu.
- 242.** Notenwechsel zwischen der österreichischen Bundesregierung und der peruanischen Regierung, betreffend die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges zwischen Österreich und Peru.
- 243.** Übereinkommen über die Gründung der Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC).
- 244.** Abänderung der Anlagen zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende und Gepäck im Eisenbahnverkehr und zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Waren im Eisenbahnverkehr.

236. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 29. Oktober 1959 über den Beitritt Haitis und Pakistans zur Konvention über den Zollwert von Waren und die Ratifikation derselben durch Dänemark.

Nach Mitteilungen der Belgischen Botschaft in Wien sind Haiti und Pakistan der Konvention über den Zollwert von Waren, BGBl. Nr. 225/1955, beigetreten und hat Dänemark dieselbe ratifiziert.

Raab

237. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 3. November 1959 über weitere Beitritte zum Abkommen über die Errichtung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens.

Nach Mitteilungen der Belgischen Botschaft in Wien sind nachfolgende Staaten dem Abkommen über die Errichtung eines Rates für die Zusam-

menarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, unterzeichnet in Brüssel am 15. Dezember 1950, BGBl. Nr. 165/1955, beigetreten:

Ägypten, Haiti, Indonesien, Israel und Pakistan.

Raab

238. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 4. November 1959 über den Beitritt Koreas zur Internationalen Meter-Konvention vom 20. Mai 1875 in der Fassung der Internationalen Übereinkunft vom 6. Oktober 1921.

Nach einer Mitteilung der Französischen Botschaft in Wien ist Korea der Internationalen Meter-Konvention, RGBl. Nr. 20/1876, in der Fassung der Internationalen Übereinkunft vom 6. Oktober 1921, BGBl. Nr. 46/1927, mit Wirkung vom 28. Juli 1959 beigetreten.

Raab

239. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 4. November 1959, betreffend die Ratifikation der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, durch Indien.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen hat Indien die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, BGBl. Nr. 91/1958, ratifiziert und hierbei folgende Erklärung abgegeben:

„Bezüglich Art. IX der Konvention erklärt die Regierung von Indien, daß zur Vorlage irgendeiner Meinungsverschiedenheit nach den Bestimmungen dieses Artikels an den Internationalen Gerichtshof die Zustimmung aller an der Meinungsverschiedenheit beteiligten Parteien in jedem einzelnen Fall erforderlich ist.“

Gemäß ihrem Art. XIII tritt die Konvention am 25. November 1959 für Indien in Kraft.

Raab

240. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 4. November 1959, betreffend die Ratifikation des Internationalen Abkommens über Leichenbeförderung, durch die Türkei.

Nach einer Mitteilung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien hat die Türkei das Internationale Abkommen über Leichenbeförderung, BGBl. Nr. 118/1958, ratifiziert.

Gemäß seinem Artikel 13 wird das Abkommen am 22. Dezember 1959 für die Türkei in Kraft treten.

Raab

241. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 6. November 1959 über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 5. Juli 1890, betreffend die Veröffentlichung der Zolltarife und die Organisation einer internationalen Vereinigung zur Veröffentlichung der Zolltarife, sowie des Änderungsprotokolles hiezu vom 16. Dezember 1949.

Nach einer Mitteilung der Belgischen Regierung haben außer den in den Kundmachungen BGBl. Nr. 280/1931 und 109/1936 angeführten Staaten nachstehende das Übereinkommen vom 5. Juli 1890, betreffend die Veröffentlichung der Zolltarife und die Organisation einer internationalen Vereinigung zur Veröffentlichung der Zolltarife, StGBI. Nr. 304/1920, angenommen:

Australien, China, Indonesien, Irak, Island, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Malaya, Marokko, Neuseeland, Philippinen, Saudi-Arabien, Syrien und Vietnam.

Guatemala, Honduras und Paraguay haben das gegenständliche Übereinkommen gekündigt.

Der gleichen Mitteilung der Belgischen Botschaft in Wien zufolge haben seit der Kundmachung BGBl. Nr. 218/1951 nachfolgende weitere Staaten das Abänderungsprotokoll zum erwähnten Übereinkommen angenommen:

Brasilien, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Griechenland, Indonesien, Island, Israel, Jordanien, Kanada, Kolumbien, Kuba, Libyen, Luxemburg, Malaya, Marokko, Mexiko, Norwegen, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Saudi-Arabien, Sowjetunion, Thailand, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika, Vietnam sowie Belgisch-Kongo und Ruanda Urundi.

Raab

242.

Notenwechsel zwischen der österreichischen Bundesregierung und der peruanischen Regierung, betreffend die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges zwischen Österreich und Peru.

ÖSTERREICHISCHE GESANDTSCHAFT
LIMA

Lima, am 25. Juli 1959

Herr Minister!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die österreichische Bundesregierung, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen mit Peru möglichst zu vertiefen, und in der Absicht, den gegenseitigen Touristenverkehr zwischen den beiden Staaten zu vergrößern, bereit ist, mit der peruanischen Regierung ein Abkommen über die gegenseitige Aufhebung von Sichtvermerken in Reisepässen gemäß den nachfolgenden Bestimmungen abzuschließen:

Artikel 1.

Österreichische und peruanische Staatsangehörige, die einen gültigen österreichischen bzw. peruanischen Reisepaß besitzen, können ohne Sichtvermerk nach Peru bzw. Österreich einreisen.

Artikel 2.

Österreichische und peruanische Staatsangehörige, die sichtvermerksfrei eingereist sind, können sich drei Monate im Gebiete des anderen Vertragsstaates aufhalten. Die zuständigen österreichischen und peruanischen Behörden können einen darüber hinausgehenden Aufenthalt bewilligen.

Artikel 3.

Die Begünstigung dieses Abkommens befreit die österreichischen und peruanischen Staatsangehörigen nicht von der Verpflichtung, die peruanischen und österreichischen Gesetze und Vorschriften, betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitsaufnahme von Ausländern, einzuhalten.

Artikel 4.

Die zuständigen österreichischen und peruanischen Behörden behalten sich das Recht vor, Personen, die als unerwünscht angesehen werden, die Einreise oder den Aufenthalt in ihrem Lande zu verweigern.

Artikel 5.

Jede der beiden Regierungen kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit die Durchführung dieses Abkommens vorübergehend aussetzen. Die Aussetzung ist der anderen Regierung unverzüglich auf diplomatischem Wege mitzuteilen. Das gleiche gilt, wenn diese Maßnahme aufgehoben wird.

Artikel 6.

Dieses Abkommen tritt drei Monate nach erfolgter Kündigung außer Kraft.

Artikel 7.

Das vorliegende Abkommen tritt am 1. September 1959 in Kraft.

Falls die peruanische Regierung einverstanden ist, den vorstehenden Bestimmungen zuzustimmen, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwortnote Eurer Exzellenz, die den gleichen Wortlaut haben, als Abschluß eines Abkommens zwischen unseren beiden Regierungen anzusehen sind.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten und besonderen Hochachtung zu erneuern.

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Raúl Porras Barrenechea
Außenminister
LIMA

MINISTERIO DE RELACIONES EXTERIORES
NUMERO (D) 6-26/12

Lima, 25 de Julio de 1959.

Señor Ministro:

Tengo a honra avisar recibo de la atenta nota de Vuestra Excelencia de fecha de hoy, y, deseando el Gobierno del Peru estrechar sus vínculos con Austria e intensificar el intercambio

(Übersetzung.)

MINISTERIUM DES AUSSEREN
Zahl (D) 6-26/12

Lima, 25. Juli 1959

Herr Minister!

Ich beehre mich, den Erhalt der Note Eurer Exzellenz von heutigem Datum zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung von Peru, von dem Wunsche geleitet, ihre Beziehungen mit

turístico entre ambos países, me complazco manifestarle que mi Gobierno acepta celebrar con el Gobierno de Austria un convenio para la supresión recíproca de visación en los pasaportes, de acuerdo con las siguientes disposiciones:

1.

Los nacionales peruanos y austriacos quienes posean un pasaporte válido peruano o austriaco respectivamente, podrán ingresar sin visación al territorio peruano o austriaco respectivamente.

2.

Los nacionales peruanos y austriacos quienes hayan ingresado sin visación podrán permanecer en territorio del otro país contrayente durante tres meses. Las autoridades competentes peruanas y austriacas podrán autorizar la prórroga de la permanencia.

3.

Los nacionales peruanos y austriacos amparados por este convenio no están dispensados de la obligación de conformarse a las leyes y reglamentos referentes al ingreso, la permanencia y el permiso de trabajo para los extranjeros.

4.

Las autoridades competentes peruanas y austriacas se reservan el derecho de rehusar la entrada o la permanencia en el país a personas consideradas como indeseables.

5.

Cada uno de los Gobiernos podrá suspender temporalmente la ejecución de este convenio por razones de seguridad, orden o salud pública. La suspensión deberá comunicarse inmediatamente al otro Gobierno por la vía diplomática. Se procederá en igual forma al levantar esta medida.

6.

La vigencia de este convenio termina después de tres meses a partir de la denuncia respectiva.

7.

El presente convenio entrará en vigor el 1º de setiembre de 1959.

La presente nota, que es contestación a la mencionada nota de Vuestra Excelencia de fecha de hoy, constituye con ésta misma la concertación del acuerdo.

Osterreich enger zu gestalten und den Touristenverkehr zwischen beiden Ländern zu vergrößern, bereit ist, mit der österreichischen Regierung ein Abkommen über die gegenseitige Aufhebung von Sichtvermerken in Reisepässen gemäß den nachfolgenden Bestimmungen abzuschließen:

1.

Peruanische und österreichische Staatsangehörige, die einen gültigen peruanischen bzw. österreichischen Reisepaß besitzen, können ohne Sichtvermerk in peruanisches bzw. österreichisches Gebiet einreisen.

2.

Peruanische und österreichische Staatsangehörige, die sichtvermerksfrei eingereist sind, können sich drei Monate im Gebiete des anderen Vertragsstaates aufhalten. Die zuständigen peruanischen und österreichischen Behörden können die Verlängerung des Aufenthaltes bewilligen.

3.

Die durch dieses Abkommen begünstigten peruanischen und österreichischen Staatsangehörigen sind nicht von der Verpflichtung befreit, die Gesetze und Vorschriften, betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitsbewilligung für Ausländer, einzuhalten.

4.

Die zuständigen peruanischen und österreichischen Behörden behalten sich das Recht vor, Personen, die als unerwünscht angesehen werden, die Einreise oder den Aufenthalt in ihrem Lande zu verweigern.

5.

Jede der beiden Regierungen kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit die Durchführung dieses Abkommens vorübergehend aussetzen. Die Aussetzung ist der anderen Regierung unverzüglich auf diplomatischem Wege mitzuteilen. Das gleiche gilt, wenn diese Maßnahme aufgehoben wird.

6.

Dieses Abkommen tritt drei Monate nach erfolgter Kündigung außer Kraft.

7.

Das vorliegende Abkommen tritt am 1. September 1959 in Kraft.

Diese Note, welche die Antwort auf die genannte Note Eurer Exzellenz von heutigem Datum darstellt, bildet zusammen mit dieser den Abschluß des Abkommens.

Aprovecho la oportunidad para renovar a Vuestra Excelencia las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

Raúl Porras

Al Excelentísimo
señor doctor Paul Zedtwitz,
Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario
de Austria.
CIUDAD.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten und besonderen Hochachtung zu erneuern.

Raúl Porras

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Paul Zedtwitz,
ao. Gesandter und bev. Minister
von Österreich.
LIMA

Raab

243.

Nachdem das Übereinkommen über die Gründung der Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC), welches also lautet:

ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GESELL- SCHAFT FÜR DIE CHEMI- SCHE AUFARBEITUNG BESTRAHLTER KERN- BRENNSTOFFE (EURO- CHEMIC)

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Türkischen Republik;

IN DER ERWÄGUNG, daß auf Grund eines vom Rat der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit am 18. Juli 1956 gefaßten Beschlusses eine Studiengruppe aus einer Reihe von Mitgliedstaaten dieser Organisation gebildet wurde, die an der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe interessiert sind;

IN DER ERWÄGUNG, daß auf Grund der Arbeiten dieser Studiengruppe die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Regierung der Republik Österreich, die Regierung des Königreichs Belgien, die Regierung des Königreichs Dänemark, das Commissariat à l'Énergie Atomique in Paris, das

CONVENTION RELATIVE A LA CONSTITUTION DE LA SOCIÉTÉ EUROPÉENNE POUR LE TRAITEMENT CHIMIQUE DES COMBUSTIBLES IRRADIÉS (EUROCHEMIC)

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de la République Française, de la République Italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Turque;

CONSIDÉRANT que, conformément à une Décision prise le 18 juillet 1956 par le Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, un Syndicat d'études a été formé entre un certain nombre de pays membres de cette Organisation, intéressés à la constitution d'une entreprise commune de traitement chimique des combustibles irradiés;

CONSIDÉRANT que, sur la base des travaux effectués par ce Syndicat d'études, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République d'Autriche, le Gouvernement du Royaume de Belgique, le Gouvernement du Royaume de Danemark, le Commissariat à

CONVENTION ON THE CONSTITUTION OF THE EUROPEAN COMPANY FOR THE CHEMICAL PROCESSING OF IRRADIATED FUELS (EURO- CHEMIC)

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Italian Republic, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the Turkish Republic;

CONSIDERING that, in accordance with a Decision taken by the Council of the Organisation for European Economic Co-operation on 18th July, 1956, a Study Group has been formed among a number of Member countries of that Organisation, interested in the constitution of a joint undertaking for the chemical processing of irradiated fuels;

CONSIDERING that, on the basis of the studies made by the Study Group, the Government of the Federal Republic of Germany, the Government of the Republic of Austria, the Government of the Kingdom of Belgium, the Government of the Kingdom of Denmark, the Commissariat à

Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari in Rom, die Regierung des Königreichs Norwegen, die Regierung des Königreichs der Niederlande, die Junta de Energia Nuclear in Lissabon, die Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm, die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die Regierung der Türkischen Republik übereingekommen sind, ein Gemeinschaftsunternehmen unter der Firma „Europäische Gesellschaft für die Chemische Aufarbeitung Bestrahlter Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC)“ zu gründen;

IN DER ERWAGUNG, daß diese Gesellschaft nach ihrer Zusammensetzung und ihren Zielen internationalen Charakter hat und dem allgemeinen Interesse der an ihr beteiligten Staaten dient;

IN DER ERWAGUNG, daß es der Zweck dieser Gesellschaft ist, jegliche Forschung oder industrielle Tätigkeit in bezug auf die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe und die Verwendung der so gewonnenen Erzeugnisse durchzuführen, zur Ausbildung von Fachkräften auf diesem Gebiet beizutragen und dadurch die Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke durch die Mitgliedstaaten der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, sowie hierfür ein Werk zur chemischen Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe und ein Forschungslaboratorium noch vor 1961 zu errichten und sodann zu betreiben;

VON DEM WUNSCH geleitet, unter diesen Umständen der Gesellschaft jede von ihr benötigte Unterstützung zu gewähren;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Gründung und die Tätigkeit der Gesellschaft durch Sondermaßnahmen der Regierungen der an ihr beteiligten Staaten erleichtert werden sollen, ohne daß jedoch die der Gesellschaft eingeräumten Erleichterungen einen Präzedenzfall für vielleicht

l'Énergie Atomique à Paris, le Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari à Rome, le Gouvernement du Royaume de Norvège, le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, la Junta de Energia Nuclear à Lisbonne, Aktiebolaget Atomenergi à Stockholm, le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de la République Turque sont convenus de constituer entre eux une entreprise commune sous la raison sociale « Société Européenne pour le Traitement Chimique des Combustibles Irradiés (EUROCHEMIC) »;

CONSIDÉRANT que tant par sa composition que par son but, cette Société présente un caractère international et répond à l'intérêt général des pays qui y participent;

CONSIDÉRANT en effet que cette Société a pour objet d'exercer toute activité de recherche ou d'ordre industriel relative au traitement des combustibles irradiés et à l'utilisation des produits de ce traitement, de contribuer à la formation de spécialistes dans ce domaine et de promouvoir par là le développement de la production et des utilisations pacifiques de l'énergie nucléaire par les pays membres de l'Organisation Européenne de Coopération Economique; qu'à cet effet la Société construira avant 1961 et exploitera une usine pour le traitement chimique des combustibles irradiés et un laboratoire de recherches;

DÉSIREUX dans ces conditions d'accorder à cette Société tout le soutien qui lui est nécessaire;

RECONNAISSANT que la constitution de la Société et son fonctionnement doivent être facilités par des mesures particulières prises par les Gouvernements des pays qui y participent, sans toutefois que les facilités accordées à la Société puissent constituer un précédent

l'Énergie Atomique in Paris, the Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari in Rome, the Government of the Kingdom of Norway, the Government of the Kingdom of the Netherlands, the Junta de Energia Nuclear in Lisbon, Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm, the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Turkish Republic have agreed to join in constituting a joint undertaking under the registered name of "The European Company for the Chemical Processing of Irradiated Fuels (EUROCHEMIC)";

CONSIDERING that this Company, both as regards its composition and its aims, has an international character and is in the general interests of the countries taking part;

CONSIDERING that the object of this Company is to carry out any research or industrial activity connected with the processing of irradiated fuels and the use of products arising therefrom, to contribute to the training of specialists in this field and thus to promote the production and peaceful uses of nuclear energy by the Member countries of the Organisation for European Economic Co-operation and, in furtherance of this object, to build before 1961 and operate a plant for the chemical processing of irradiated fuels and a research laboratory;

DESIROUS, in those circumstances, to give this Company all the support which it requires;

RECOGNISING that the constitution of the Company and its operations should be facilitated by special measures taken by the Governments of the countries taking part, without, however, the facilities accorded to the Company constituting a precedent for other

später zu errichtende andere Gemeinschaftsunternehmen darstellen;

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

TEIL I

Artikel 1

a) Unter der Firma „Europäische Gesellschaft für die Chemische Aufarbeitung Bestrahlter Kernbrennstoffe (EURO-CHEMIC)“ (im folgenden als „Gesellschaft“ bezeichnet) wird ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet.

b) Die Errichtung der Gesellschaft findet entsprechend der diesem Übereinkommen beigefügten Satzung (im folgenden als „Satzung“ bezeichnet) nach deren Unterzeichnung und mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt.

Artikel 2

a) Für die Gesellschaft sind dieses Übereinkommen, die Satzung und subsidiär das Recht — soweit diesem das Übereinkommen oder die Satzung nicht entgegensteht — des Staates maßgebend, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat.

b) Die Gesellschaft besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie ist befähigt, alle Handlungen vorzunehmen, die dem Gesellschaftszweck entsprechen, insbesondere Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und zu veräußern sowie vor Gericht zu stehen.

c) Für den Erwerb von unbeweglichem Eigentum, das zur Errichtung der Anlagen der Gesellschaft erforderlich ist, wird nach innerstaatlichem Recht das Vorliegen eines öffentlichen Interesses anerkannt. Das Enteignungsverfahren aus Gründen des öffentlichen Interesses kann von der betreffenden Regierung nach innerstaatlichem Recht zur Herbeiführung des Erwerbs in Fällen eingeleitet werden, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.

pour d'autres entreprises communes qui seraient ultérieurement constituées;

SONT CONVENUS de ce qui suit:

PARTIE I

Article 1

a. Une entreprise commune sera constituée sous la raison sociale « Société Européenne pour le Traitement Chimique des Combustibles Irradiés (EURO-CHEMIC) » (appelée ci-dessous la « Société »).

b. La constitution de la Société aura lieu conformément aux dispositions des Statuts annexés à la présente Convention (appelés ci-dessous « les Statuts »), après signature des Statuts, dès l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 2

a. La Société sera régie par la présente Convention, par les Statuts et, à titre subsidiaire, par le droit de l'État du siège dans la mesure où il n'y est pas dérogé par la présente Convention ou par les Statuts.

b. La Société jouira de la personnalité juridique. Elle aura la capacité d'accomplir toutes les opérations répondant à son objet, notamment de contracter, d'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers et mobiliers et d'ester en justice.

c. Le caractère d'utilité publique est reconnu, conformément aux législations nationales, aux acquisitions immobilières nécessaires à l'implantation des installations de la Société. La procédure d'expropriation pour cause d'utilité publique pourra être introduite par le Gouvernement en cause conformément à la législation nationale en vue de réaliser ces acquisitions à défaut d'accord amiable.

joint undertakings which might later be set up;

HAVE AGREED as follows:

PART I

Article 1

(a) A joint undertaking under the registered name of "The European Company for the Chemical Processing of Irradiated Fuels (EURO-CHEMIC)" (hereinafter referred to as the "Company") shall be constituted.

(b) The constitution of the Company shall take place, in accordance with the provisions of the Statute annexed to the present Convention (hereinafter referred to as the "Statute"), after the signature of the Statute and upon the coming into force of the present Convention.

Article 2

(a) The Company shall be governed by the present Convention, by the Statute and, residually, by the law of the State in which its Headquarters are situated, insofar as the present Convention or the Statute do not derogate therefrom.

(b) The Company shall possess juridical personality. It shall have power to do any act connected with its objects and in particular to conclude contracts, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

(c) The character of public interest shall be recognised, in accordance with national laws, as regards the acquisition of the immovable property necessary for the establishment of the installations of the Company. The procedure of expropriation for reasons of public interest may be introduced by the Government in question in accordance with national law, with a view to acquiring such property in the absence of amicable agreement.

Artikel 3

Die Vertragsregierungen werden die in ihrer Zuständigkeit liegenden erforderlichen Maßnahmen treffen, um der Gesellschaft die Vornahme aller ihrem Zweck entsprechenden Handlungen, besonders im Zusammenhang mit aufgearbeitetem Kernbrennstoff und wiedergewonnenem Material, zu erleichtern.

Artikel 4

a) Dieses Übereinkommen läßt die Rechte und Pflichten aus dem am 25. März 1957 zu Rom unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) unberührt.

b) Für Verträge über besonderes spaltbares oder Ausgangsmaterial, das aus Ländern geliefert wird, die nicht Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) sind, oder das für solche bestimmt ist, gelten die in Artikel 75 des genannten Vertrags vorgesehenen Ausnahmen.

Artikel 5

Die in dem Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 über die Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie vorgesehene Sicherheitskontrolle findet auf die Tätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Erzeugnisse Anwendung und wird nach Maßgabe des genannten Übereinkommens und der in seinem Artikel 16 Absatz (a) vorgesehenen Vereinbarung ausgeübt.

Artikel 6

a) Die Einrichtungen und Archive der Gesellschaft sind unverletzlich. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Gesellschaft sowie die an sie oder von ihr zum Versand gebrachten Materialien dürfen von Verwaltungsbehörden weder beschlagnahmt noch eingezogen noch enteignet werden.

Article 3

Les Gouvernements parties à la présente Convention prendront les mesures nécessaires, dans le cadre de leur compétence, pour faciliter à la Société toutes les opérations répondant à son objet, notamment celles qui porteront sur les combustibles traités et sur les produits récupérés.

Article 4

a. Les dispositions de la présente Convention n'affectent pas les droits et obligations résultant du Traité signé à Rome le 25 mars 1957, instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique (EURATOM).

b. Les contrats relatifs aux matières brutes ou produits fissiles spéciaux en provenance ou à destination de pays non-membres de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique (EURATOM) bénéficient des exceptions prévues à l'article 75 dudit Traité.

Article 5

Le contrôle de sécurité prévu par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire est applicable au fonctionnement de la Société et à ses produits et sera exercé conformément aux dispositions de cette Convention et de l'Accord visé à l'article 16 (a) de cette Convention.

Article 6

a. Les installations et les archives de la Société seront inviolables. Les biens et avoirs de la Société, ainsi que les matières acheminées vers celle-ci ou acheminées par elle vers le destinataire, seront exemptés de toute réquisition, expropriation et confiscation administratives.

Article 3

The Governments party to the present Convention will take all action necessary, within their competence, to facilitate the Company doing any act connected with its objects, and in particular with processed fuels and recovered products.

Article 4

(a) The provisions of the present Convention do not affect the rights and obligations resulting from the Treaty instituting the European Atomic Energy Community (EURATOM) signed at Rome on 25th March, 1957.

(b) Contracts relating to source materials or special fissionable materials consigned from or destined for countries not members of the European Atomic Energy Community (EURATOM) shall benefit from the exceptions provided for in Article 75 of the said Treaty.

Article 5

The security control provided for by the Convention of 20th December, 1957, on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy shall be applicable to the operations of the Company and to its products and shall be exercised in accordance with the provisions of that Convention and of the Agreement provided for in Article 16 (a) thereof.

Article 6

(a) The installations and archives of the Company shall be inviolable. The property and assets of the Company, together with the materials despatched to it or by it, shall be immune from all administrative forms of requisition, expropriation or confiscation.

b) Das Eigentum und die Vermögenswerte der Gesellschaft können nur auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungs-Maßnahmen sein. Die Einrichtungen und Materialien, die für die Tätigkeit der Gesellschaft notwendig sind, können weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungs-Maßnahmen sein.

c) Dieser Artikel hindert die zuständigen Behörden eines Staates, in dem sich der Sitz oder Einrichtungen und Archive der Gesellschaft befinden, nicht am Zugang zu diesen Einrichtungen und Archiven, um im Hoheitsgebiet dieses Staates die Durchführung von gerichtlichen Entscheidungen oder von Regelungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen zu gewährleisten.

Artikel 7

a) Die Gesellschaft ist in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich ihrer Gründung, der Zeichnung oder Erhöhung ihres Kapitals und der Ausgabe von Aktien, sowie von den verschiedenen Formalitäten befreit, die hiermit in diesem Staat verbunden sind. Desgleichen ist sie von allen Abgaben und Steuern anlässlich ihrer Auflösung und Liquidation befreit.

b) In einem Staat, in dem sich der Sitz oder Einrichtungen der Gesellschaft befinden, ist sie von allen Abgaben und Steuern, die anlässlich des Erwerbs von unbeweglichem Eigentum erhoben werden, sowie von allen Umschreibungs- und Eintragungsgebühren befreit.

c) Die Gesellschaft ist in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, hinsichtlich ihrer selbst, ihres Eigentums, ihrer Vermögenswerte und Einkünfte von allen direkten Steuern befreit.

d) Der Staat, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, befreit

b. Les biens et avoirs de la Société ne pourront pas être saisis ou faire l'objet de mesures d'exécution forcée, si ce n'est par décision de justice. Toutefois, les installations ainsi que les matières nécessaires à l'activité de la Société ne pourront pas être saisies ou faire l'objet de mesures d'exécution forcée.

c. Les dispositions du présent article ne mettront pas obstacle à l'accès aux installations et archives de la Société des autorités compétentes de l'État du siège et des autres pays où seront situés ces installations et archives, pour assurer l'exécution, dans leurs territoires respectifs, des décisions de justice ou des règles concernant la protection de la santé publique et de la prévention des accidents.

Article 7

a. La Société sera exonérée dans l'État du siège de tous droits et taxes fiscales et parafiscales à l'occasion de sa constitution, de la souscription et des augmentations de son capital, des apports, ainsi que des formalités diverses que ces opérations pourront comporter dans l'État du siège. La Société sera également exonérée de tous droits et taxes à l'occasion de sa dissolution et de sa liquidation.

b. La Société sera exonérée dans l'État du siège, ainsi que dans les autres pays où seront situées ses installations, des droits et taxes de transmission perçues à l'occasion de l'acquisition de biens immobiliers et des droits de transcription et d'enregistrement.

c. La Société sera exempte dans l'État du siège de tous impôts directs susceptibles de s'appliquer à elle-même, à ses biens, avoirs et revenus.

d. La Société sera exempte de la part de l'État du siège de

(b) The property and assets of the Company may not be seized or be the subject of measures of enforced execution, except by an order of a court. Nevertheless, the installations and the materials necessary for the Company's activity may not be seized or be the subject of measures of enforced execution.

(c) The provisions of the present Article shall not prevent the competent authorities of the Headquarters State or of other countries where installations and archives of the Company are situated from having access to the installations and archives of the Company in their respective territories in order to ensure the execution of judicial decisions or regulations for the protection of public health and the prevention of accidents.

Article 7

(a) The Company shall be exempt in the Headquarters State from all fees and taxes whether fiscal or quasi-fiscal at its constitution and when its capital is subscribed or increased, its shares are issued, as well as from various formalities which its activities may require in the Headquarters State. Similarly, it shall be exempt from all fees and taxes on its dissolution or winding up.

(b) The Company shall be exempt in the Headquarters State as well as in other countries where its installations are situated from fees and taxes payable upon the acquisition of immovable property and from inscription and registration fees.

(c) The Company shall be exempt in the Headquarters State from all direct taxes which might be imposed as regards its property, assets and income.

(d) The Company shall be exempt from taxes of an excep-

sie von allen Steuern außerordentlicher oder diskriminierender Art, wie beispielsweise von besonderen Kapitalabgaben oder Steuern, die nicht auch von anderen Gesellschaften mit vergleichbarer Tätigkeit erhoben werden.

e) Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen erstrecken sich nicht auf Abgaben, die als Vergütung für Leistungen gemeinnütziger Versorgungsbetriebe erhoben werden.

Artikel 8

a) Vorbehaltlich des Artikels 9 sind die für die Einrichtungen und den Betrieb der Gesellschaft erforderlichen Rohstoffe, Ausrüstungsgüter, wissenschaftlichen und technischen Materialien von allen Zöllen oder Abgaben ähnlicher Wirkung sowie von sämtlichen Einfuhrbeschränkungen befreit.

b) Die so eingeführten Erzeugnisse dürfen in dem Hoheitsgebiet des Staates, in den sie eingeführt worden sind, nicht weiterverkauft werden, es sei denn unter Bedingungen, die mit dessen Regierung vereinbart sind.

c) Das für die Gesellschaft bestimmte spaltbare Material sowie von der Gesellschaft erzeugtes oder wiedergewonnenes Material, das für einen Staat bestimmt ist, dessen Regierung Vertragspartei dieses Übereinkommens und Aktionär der Gesellschaft ist oder unter dessen Staatsangehörigen sich Aktionäre der Gesellschaft befinden (im folgenden als „Teilnehmerstaaten“ bezeichnet), ist bei der Ein- und Ausfuhr von allen Zöllen oder Abgaben ähnlicher Wirkung und von sämtlichen Beschränkungen befreit.

Artikel 9

a) Die Gesellschaft kann zur Durchführung der ihrem Zweck entsprechenden Geschäfte Zahlungsmittel der Vertragsparteien des Abkommens vom 19. September 1950 über die Gründung

tout impôt de caractère exceptionnel ou discriminatoire, tel qu'un prélèvement spécial sur le capital ou un impôt qui ne s'appliquerait pas aux autres sociétés exerçant une activité comparable.

e. Les exonérations prévues au présent article ne s'étendent pas aux impôts et taxes perçus en rémunération de services d'utilité générale.

Article 8

a. Les matières premières, les biens d'équipement et le matériel scientifique et technique nécessaires pour les installations et pour l'exploitation de la Société seront exonérés de tous droits de douane ou taxes d'effet équivalent et de toutes restrictions d'importation, sous réserve des dispositions de l'article 9.

b. Les produits ainsi importés ne devront pas être revendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, si ce n'est aux conditions convenues avec le Gouvernement de ce pays.

c. Les matières fissiles destinées à la Société, ainsi que les matières produites ou récupérées par la Société destinées aux pays dont le Gouvernement est partie à la présente Convention et actionnaire, ou dont un ressortissant est actionnaire de la Société (appelés ci-dessous « pays participants ») seront exonérés à l'importation et à l'exportation de tous droits de douane ou taxes d'effet équivalent et de toutes restrictions.

Article 9

a. La Société pourra, pour l'accomplissement des opérations répondant à son objet, acquérir, détenir et utiliser les monnaies des Parties Contractantes à l'Accord du 19 septembre 1950

tional or discriminatory nature levied by the Headquarters State, such as *ad hoc* capital levy or any tax not payable by other companies engaged in similar activities.

(e) The exemptions laid down in the present Article shall not apply to any fee or tax charged in respect of any public utility service.

Article 8

(a) Such raw materials, capital equipment and scientific and technical material as are necessary for the installations and for the operations of the Company shall, subject to the provisions of Article 9, be exempt from all customs duties or charges of like effect and from all import restrictions.

(b) Products thus imported must not be resold on the territory of the country into which they were imported, exempt under conditions agreed with the Government of that country.

(c) The import and export of fissionable materials destined for the Company as well as materials produced or recovered by the Company which are destined for the countries whose Governments are party to the present Convention and which are shareholders or have nationals who are shareholders in the Company (hereinafter referred to as "countries taking part") shall be exempt from all customs duties or charges of like effect and from all restrictions.

Article 9

(a) The Company may, for the fulfilment of its objects, acquire, hold, and use currency of the Contracting Parties to the Agreement of 19th September, 1950, for the Establish-

einer Europäischen Zahlungsunion sowie der sonstigen Staaten, deren Regierungen Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, erwerben, besitzen und verwenden. Die Vertragsregierungen erteilen ihr erforderlichenfalls alle notwendigen Genehmigungen in Übereinstimmung mit den in den einschlägigen Regelungen und Vereinbarungen vorgesehenen Verfahren.

b) Die Vertragsregierungen erteilen der Gesellschaft möglichst großzügig die notwendigen Genehmigungen, um ihr den Erwerb, den Besitz und die Verwendung von Zahlungsmitteln zu ermöglichen, die unter Absatz (a) nicht erfaßt sind.

Artikel 10

a) Die Gesellschaft kann ohne jede Behinderung oder Einschränkung Angehörige der Teilnehmerstaaten als technisches Personal, Bürokräfte und Facharbeiter anwerben.

b) Insbesondere wendet der Staat, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, seine Bestimmungen über die Einwanderung oder die Meldepflicht von Ausländern gegebenenfalls so an, daß sie weder die Einstellung noch die Heimkehr des aus anderen Teilnehmerstaaten stammenden Fachpersonals hindern, vorbehaltlich etwaiger Ausnahmen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheitspflege.

c) Die von der Gesellschaft beschäftigten Personen haben das Recht,

i) ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände aus dem Staat ihres letzten ständigen Aufenthalts oder dem Staat, dem sie angehören, bei Antritt ihres Dienstes zollfrei in den in Frage stehenden Staat einzuführen und bei Beendigung ihrer Amtstätig-

sur l'établissement d'une Union Européenne de Paiements et des autres pays dont les Gouvernements sont parties à la présente Convention. Les Gouvernements parties à la présente Convention accorderont, le cas échéant, à la Société les autorisations nécessaires, selon les modalités prévues par les règlements et accords applicables.

b. Les Gouvernements parties à la présente Convention accorderont à la Société, aussi libéralement que possible, les autorisations nécessaires pour lui permettre d'acquérir, de détenir et d'utiliser des monnaies qui ne sont pas visées au paragraphe (a) du présent article.

Article 10

a. La Société pourra faire appel sans aucun obstacle ou limitation au personnel technique, employés et ouvriers qualifiés ressortissants des pays participants.

b. En particulier, l'État du siège appliquera, le cas échéant, les dispositions relatives à l'immigration ou autres formalités d'enregistrement des étrangers, de manière telle qu'elles ne puissent mettre obstacle à l'engagement ni au rapatriement du personnel qualifié ressortissant des autres pays participants, sous réserve des exceptions fondées sur l'ordre public, la sécurité publique ou la santé publique.

c. Les personnes employées par la Société

i) jouiront du droit d'importer en franchise du pays de leur dernière résidence ou du pays dont elles sont ressortissantes, leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays intéressé, et du droit à la cessation de leurs fonctions de ré-

ment of a European Payments Union and of other countries whose Governments are party to the present Convention. The Governments party to the present Convention shall grant to the Company, where appropriate, any necessary authority in accordance with the procedure laid down in the regulations and agreements applicable.

(b) The Governments party to the present Convention shall grant to the Company as freely as possible, any authority necessary to enable it to acquire, hold, and use currency not covered by paragraph (a) of the present Article.

Article 10

(a) The Company may recruit, without let or hindrance, technical, clerical and skilled manual staff from among the nationals of the countries taking part.

(b) In particular, the Headquarters State will not apply provisions on immigration or alien registration in such a manner as to impede the recruitment or repatriation of skilled staff from the other countries taking part, except when this would be contrary to public policy, national security or public health.

(c) Persons employed by the Company

(i) shall have the right, at the time of first taking up their position in the country in question, to import free of duty their furniture and effects from the country where they last resided or of which they are nationals, and to re-export free of duty their furniture and effects

keit zollfrei aus diesem Staat wiederauszuführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Staates, in dem dieses Recht ausgeübt wird, für erforderlich erachtet;

- ii) das zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmte Kraftfahrzeug, sofern es im Staat ihres letzten ständigen Aufenthalts oder in dem Staat, dem sie angehören, zu den auf dem Binnenmarkt dieses Staates geltenden Bedingungen erworben worden ist, zollfrei einzuführen und es zollfrei wiederauszuführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des in Frage stehenden Staates für erforderlich erachtet.

TEIL II

Artikel 11

a) Die Gesellschaft erstattet den Regierungen der Teilnehmerstaaten jedes Jahr einen Bericht über die Entwicklung und die Finanzlage der Gesellschaft.

b) Die Berichte der Gesellschaft werden einer zum Direktionsausschuß der Europäischen Kernenergie-Agentur gehörenden Sondergruppe (im folgenden als „Sondergruppe“ bezeichnet) vorgelegt, die aus Vertretern der Regierungen der Teilnehmerstaaten besteht.

Artikel 12

a) Die Sondergruppe prüft alle im gemeinsamen Interesse der Vertragsregierungen liegenden Probleme, die sich aus der Tätigkeit der Gesellschaft ergeben, und schlägt die Maßnahmen vor, die sie in diesem Zusammenhang für notwendig hält.

b) Sollte sich später zeigen, daß die Anwendung von Rechtsvorschriften in dem Staat, in

exporter en franchise leur mobilier et leurs effets sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays où le droit est exercé;

- ii) jouiront du droit d'importer en franchise leur automobile affectée à leur usage personnel, acquise dans le pays de leur dernière résidence ou dans le pays dont elles sont ressortissantes, aux conditions du marché intérieur de celui-ci et de la réexporter en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays intéressé.

PARTIE II

Article 11

a. La Société fera rapport chaque année aux Gouvernements des pays participants sur le développement de la Société et sur sa situation financière.

b. Les rapports de la Société seront soumis à un Groupe spécial du Comité de Direction de l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire (appelé ci-dessous le « Groupe spécial ») composé des représentants des Gouvernements des pays participants.

Article 12

a. Le Groupe spécial examinera tous les problèmes intéressant en commun les Gouvernements parties à la présente Convention que pourrait soulever le fonctionnement de la Société et proposera les mesures qui se révéleraient nécessaires à cet égard.

b. S'il apparaissait ultérieurement que l'application de dispositions législatives dans l'État

on the termination of their employment, subject in both cases to any conditions deemed requisite by the Government of the country in which the said rights are exercised;

- (ii) shall have the right to import free of duty any motor car owned by them for their personal use obtained in the country where they last resided or of which they are nationals, under the normal internal market conditions prevailing in that country and to re-export the same free of duty, subject in both cases to any conditions deemed requisite by the Government of the country in which the said rights are exercised.

PART II

Article 11

(a) The Company shall report each year to the Governments of the countries taking part on its development and financial position.

(b) The reports of the Company shall be submitted to a Special Group of the Steering Committee of the European Nuclear Energy Agency (hereinafter referred to as the "Special Group") composed of representatives of the Governments of the countries taking part.

Article 12

(a) The Special Group shall consider any problems of common interest to the Governments party to the present Convention which may be raised by the operations of the Company and shall propose the measures found necessary in that connection.

(b) If it subsequently appears that the legislative provisions applied in the Headquarters

dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, oder in einem anderen Teilnehmerstaat bei der Durchführung der dem Gesellschaftszweck entsprechenden Geschäfte Anlaß zu Schwierigkeiten gibt, so schlägt die Sondergruppe Maßnahmen zu deren Behebung im Geiste dieses Übereinkommens vor.

c) Die Vorschläge der Sondergruppe auf Grund dieses Artikels bedürfen der einfachen Stimmenmehrheit.

Artikel 13

a) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates sowie jeder Aktionär der Gesellschaft kann der Sondergruppe alle Schwierigkeiten unterbreiten, die aus folgenden Anlässen entstehen

- i) Aufarbeitung von Kernbrennstoffen aus Teilnehmerstaaten oder Zuteilung der wiedergewonnenen Erzeugnisse;
- ii) Verwendung der Mittel der Gesellschaft für die Entwicklung der Forschung;
- iii) Mitteilung der Forschungsergebnisse.

b) Wird die Sondergruppe auf diese Weise befaßt, so bedürfen ihre Beschlüsse einer Dreiviertelmehrheit ihrer Mitglieder; diese Beschlüsse sind für die Gesellschaft bindend.

Artikel 14

a) Die Genehmigung der Sondergruppe ist erforderlich für Änderungen der Satzung, die folgende Punkte betreffen:

- den Sitz der Gesellschaft (Artikel 2);
- ihren Zweck (Artikel 3);
- die Bedingungen für die Zulassung neuer Aktionäre (Artikel 8);
- die Annahme von Beschlüssen der Generalversammlung (Artikel 15);

du siège ou dans un autre pays participant serait susceptible de soulever des difficultés pour l'accomplissement des opérations rentrant dans l'objet de la Société, le Groupe spécial proposera les mesures qui permettraient de régler ces difficultés dans l'esprit des dispositions de la présente Convention.

c. Les propositions formulées par le Groupe spécial en vertu du présent article sont adoptées à la majorité simple.

Article 13

a. Tout administrateur ou actionnaire de la Société pourra soumettre au Groupe spécial des difficultés qui surgiraient à l'occasion

- i) du traitement des combustibles en provenance des pays participants ou de l'attribution des produits récupérés;
- ii) de l'utilisation des ressources de la Société pour le développement de la recherche;
- iii) de la communication des résultats des recherches.

b. Lorsqu'il sera saisi, le Groupe spécial prendra, à la majorité des trois quarts de ses membres, une décision qui sera obligatoire pour la Société.

Article 14

a. Seront subordonnées à l'approbation du Groupe spécial les modifications aux dispositions des Statuts relatives

- au siège de la Société (article 2);
- à son objet (article 3);
- aux conditions d'admission d'un nouvel actionnaire (article 8);
- à l'adoption des décisions de l'Assemblée générale (article 15);

State or in any other country taking part may give rise to difficulties in the operations carried out by the Company in pursuance of its objects, the Special Group shall propose measures for resolving such difficulties in the spirit of the present Convention.

(c) Proposals formulated by the Special Group under the present Article shall be adopted by a simple majority.

Article 13

(a) Any director or shareholder of the Company may submit to the Special Group difficulties arising in connection with

- (i) the processing of fuel consigned from the countries taking part or the allocation of the products recovered;
- (ii) the use of the resources of the Company for the development of research;
- (iii) the communication of the results of research.

(b) When such application is made to the Special Group it will take a decision by a three-quarters majority of its members which will be binding upon the Company.

Article 14

(a) The approval of the Special Group shall be required for amendments to the Statute concerning

- the headquarters of the Company (Article 2);
- its objects (Article 3);
- the conditions for the admission of new shareholders (Article 8);
- the adoption of decisions of the General Assembly (Article 15);

— die Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Artikel 18); — die Annahme von Beschlüssen des Verwaltungsrates (Artikel 23); — Informationen und Patente (Artikel 26); — die Übergangszeit (Artikel 27);	— à la composition du Conseil d'administration (article 18); — à l'adoption des décisions du Conseil d'administration (article 23); — aux informations et brevets (article 26); — à la période intérimaire (article 27).	— the composition of the Board of Directors (Article 18); — the adoption of decisions of the Board of Directors (Article 23); — knowledge and patents (Article 26); — the interim period (Article 27).
b) Die Genehmigung der Sondergruppe ist erforderlich für Beschlüsse der Gesellschaft betreffend i) die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft; ii) den Abschluß von Verträgen über die Aufarbeitung von Kernbrennstoffen aus Nicht-Teilnehmerstaaten oder die Lieferung besonderen spaltbaren Materials an solche Staaten; iii) die Errichtung jedes neuen Werkes durch die Gesellschaft und die Bestimmung seines Standortes sowie jede Erweiterung eines bestehenden Werkes zu einer Großanlage.	b. Seront subordonnées à l'approbation du Groupe spécial les décisions de la Société relatives i) à la prorogation de la durée de la Société; ii) à la conclusion de contrats relatifs au traitement de combustibles en provenance de pays non participants, ou à la livraison de produits fissiles spéciaux à ces pays; iii) à la construction de toute nouvelle usine par la Société et à la fixation de son emplacement, ainsi qu'à l'extension d'une usine existante conduisant à une nouvelle usine de grande dimension.	(b) The approval of the Special Group shall be required for decisions of the Company concerning (i) the extension of the period fixed for the duration of the Company; (ii) the conclusion of contracts relating to the processing of fuel consigned from countries not taking part or to the delivery of special fissionable materials to such countries; (iii) the construction by the Company and the fixing of the site of any new plant and any extension of the existing plant leading to a new plant of large size.
c) Bei der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten auf eine Person, die nicht die gleiche Staatsangehörigkeit hat wie der Zedent, bedarf die Wahl des Zessionars der Genehmigung der Sondergruppe. Diese kann jedoch der Übertragung von Aktien durch eine Regierung, die ihre Absicht zur Kündigung nach Artikel 18 Absatz (a) erklärt hat, oder durch Aktionäre, welche die Staatsangehörigkeit einer solchen Regierung besitzen, an Vertragsregierungen oder an deren Staatsangehörige nicht widersprechen.	c. En cas de cession d'actions ou de droits de souscription à une personne ayant une nationalité autre que celle du cédant, le choix du cessionnaire sera soumis à l'approbation du Groupe spécial. Toutefois, le Groupe spécial ne pourra pas s'opposer à la cession d'actions par un Gouvernement qui a déclaré son intention de donner préavis en vertu de l'article 18 (a) de la présente Convention ou par des actionnaires, ressortissants de ce Gouvernement, aux Gouvernements parties à la présente Convention ou à leurs ressortissants.	(c) In the case of transfer of shares or of subscription rights to any person who is not of the same nationality as the transferor, the choice of the transferee shall be subject to the approval of the Special Group. However, the Special Group shall not have the power to prevent the transfer of shares by a Government, which has declared its intention to give notice under Article 18 (a) of the present Convention, or by shareholders nationals of such a Government, to Governments party to the present Convention or their nationals.
d) Die Beschlüsse der Sondergruppe auf Grund dieses Artikels bedürfen der Einstimmigkeit ihrer Mitglieder.	d. Les décisions prises par le Groupe spécial en vertu du présent article sont adoptées à l'unanimité de ses membres.	(d) Decisions taken by the Special Group under the present Article shall be adopted unanimously by its members.
Artikel 15	Article 15	Article 15
a) Die Genehmigung der Sondergruppe ist ferner erforderlich	a. Seront également subordonnées à l'approbation du Groupe spécial	(a) The approval of the Special Group shall also be required for

- | | | |
|--|--|--|
| <p>i) für alle nicht bereits in Artikel 14 erwähnten Änderungen der Satzung;</p> <p>ii) für jede Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals, die zu einer Änderung in der Verteilung des Kapitals unter den Aktionären führen würde.</p> <p>b) Die Beschlüsse der Sondergruppe auf Grund dieses Artikels bedürfen einer Dreiviertelmehrheit ihrer Mitglieder.</p> | <p>i) les modifications aux dispositions des Statuts autres que celles prévues à l'article 14;</p> <p>ii) toute augmentation ou réduction du capital qui aboutirait à modifier la répartition du capital entre les actionnaires.</p> <p>b. Les décisions prises par le Groupe spécial en vertu du présent article sont adoptées à la majorité des trois quarts de ses membres.</p> | <p>(i) amendments to the provisions of the Statute other than amendments contemplated in Article 14;</p> <p>(ii) any increase or reduction of capital which would result in changing the distribution of capital between the shareholders.</p> <p>(b) Decisions taken by the Special Group under the present Article shall be adopted by a three-quarters majority of its members.</p> |
|--|--|--|

Artikel 16

Jede Streitigkeit zwischen den Vertragsregierungen über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens wird von der Sondergruppe geprüft und kann, falls es zu keiner gütlichen Einigung kommt, durch Vereinbarung zwischen den betreffenden Regierungen dem Gericht unterbreitet werden, das durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 über die Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet wurde.

Article 16

Tout différend entre les Gouvernements parties à la présente Convention, relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, sera examiné par le Groupe spécial et pourra être, à défaut de solution amiable, soumis par accord entre les Gouvernements intéressés au Tribunal créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire.

Article 16

Any dispute arising between Governments party to the present Convention concerning the interpretation or application thereof shall be examined by the Special Group and in the absence of friendly settlement, may be submitted by agreement between the Governments concerned to the Tribunal established by the Convention of 20th December, 1957, on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

Artikel 17

a) Dieses Übereinkommen wird auf fünfzehn Jahre geschlossen. Seine Geltungsdauer verlängert sich ohne weiteres um Zeitabschnitte von je fünf Jahren, wenn die Gesellschaft beim Ablauf des jeweiligen Zeitabschnittes noch besteht.

b) Eine über den ersten Zeitabschnitt von fünf Jahren hinausgehende Verlängerung der Geltungsdauer einzelner oder aller Bestimmungen des Artikels 7 und des Artikels 8 Absätze (a) und (b) erfordert jedoch einen einstimmigen Beschluß sämtlicher Mitglieder der Sondergruppe, in dem die Dauer dieser Verlängerung festgelegt wird.

c) Dieses Übereinkommen tritt nach Beendigung der Liqui-

Article 17

a. La présente Convention est conclue pour une durée de quinze ans. Elle sera automatiquement prorogée pour des périodes de cinq ans, dans le cas où à la fin de la période précédente la Société est toujours en existence.

b. Toutefois, la prorogation au delà de la première période de cinq ans de tout ou partie des dispositions de l'article 7 et des paragraphes (a) et (b) de l'article 8 de la présente Convention sera subordonnée à une décision du Groupe spécial, adoptée à l'unanimité de ses membres, qui fixera la durée de cette prorogation.

c. La présente Convention cessera d'être en vigueur après

Article 17

(a) The present Convention shall be concluded for a period of fifteen years. It will be automatically extended for periods of five years, if, at the end of the preceding period, the Company is still in existence.

(b) However the continuation in force of all or part of the provisions of Article 7 and paragraphs (a) and (b) of Article 8 of the present Convention beyond the first period of five years shall be subject to a decision of the Special Group adopted unanimously by its members which will fix the duration of such further period.

(c) The present Convention shall cease to be in force upon

dation der Gesellschaft außer Kraft.

Artikel 18

a) Eine Vertragsregierung, die nicht oder nicht mehr Aktionär ist und unter deren Staatsangehörigen sich kein Aktionär der Gesellschaft befindet, kann nach fünfzehn Jahren unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten durch ein an den Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit zu richtendes Kündigungsschreiben von diesem Übereinkommen zurücktreten.

b) Der Rücktritt eines Staates, in dem sich der Sitz oder eine Einrichtung der Gesellschaft befindet, wird für diesen Staat erst dann wirksam, wenn der Sitz oder die Einrichtung in einen anderen Staat verlegt worden ist.

Artikel 19

a) Die Regierung eines Mitglieds- oder assoziierten Staates der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, kann ihm durch eine an den Generalsekretär der Organisation zu richtende Notifikation unter der Bedingung beitreten, daß sie Vertragspartei des Übereinkommens vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie wird.

b) Die Regierung eines sonstigen Staates, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, kann ihm durch eine an den Generalsekretär der Organisation zu richtende Notifikation unter der Bedingung beitreten, daß sie Vertragspartei des Übereinkommens vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie wird;

la fin de la durée de la liquidation de la Société.

Article 18

a. Un Gouvernement partie à la présente Convention, qui n'est pas ou n'est plus actionnaire et dont aucun ressortissant n'est ou n'est plus actionnaire de la Société, pourra mettre fin en ce qui le concerne, après une période de quinze ans, à l'application de la présente Convention moyennant un préavis de trois mois adressé au Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique.

b. Toutefois, dans le cas où ce pays serait l'État du siège ou un pays dans lequel est située une installation de la Société, la présente Convention ne prendra pas fin en ce qui le concerne, sauf si le siège ou l'installation de la Société se trouvait transféré dans un autre pays.

Article 19

a. Tout Gouvernement d'un pays membre ou associé de l'Organisation Européenne de Coopération Économique non Signataire de la présente Convention pourra y adhérer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation, à condition d'être partie à la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'Établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire.

b. Tout Gouvernement d'un autre pays non Signataire de la présente Convention pourra y adhérer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation, à condition d'être partie à la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'Établissement d'un Contrôle de Sécurité dans le Domaine de l'Énergie Nucléaire et avec l'accord du Groupe spécial donné

the completion of the period of the winding-up of the Company.

Article 18

(a) A Government party to the present Convention which is not or is no longer a shareholder and has no national who is or continues to be a shareholder in the Company may, insofar as it is concerned, after a period of fifteen years, terminate the application of the present Convention by giving three months' notice to the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation.

(b) Nevertheless, should this country be the Headquarters State, or a country in which any installation of the Company is situated, the present Convention shall not be terminated insofar as that country is concerned, unless the headquarters or installation of the Company shall have been transferred to another country.

Article 19

(a) The Government of any Member or Associate country of the Organisation for European Economic Co-operation which is not a Signatory to the present Convention may accede thereto, provided that it becomes a party to the Convention of 20th December, 1957, on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy, by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation.

(b) The Government of any other country which is not a Signatory to the present Convention may accede thereto, provided that it becomes a party to the Convention of 20th December, 1957, on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy, by notification addressed to the Secretary-General of the Organisation and with the unanimous

der Beitritt bedarf der einmütigen Zustimmung der Mitglieder der Sondergruppe. Er wird mit dem Zeitpunkt der Zustimmung wirksam.

Artikel 20

a) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei dem Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinterlegt.

b) Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn es von der Regierung des Staates, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, ratifiziert worden ist und wenn derjenige Teil des Grundkapitals, der nach Artikel 4 der Satzung den Regierungen, die ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, oder den Staatsangehörigen dieser Regierungen zugeteilt wird, 80 v. H. des Kapitals der Gesellschaft ausmacht.

c) Für jeden Unterzeichner, der dieses Übereinkommen in der Folge ratifiziert, tritt es mit Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 21

Der Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sämtliche Vertragsregierungen und die Gesellschaft vom Empfang der Ratifikations- und Beitrittsurkunden sowie der Kündigungsschreiben in Kenntnis. Er notifiziert ihnen den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu Paris am 20. Dezember 1957 in französischer, englischer, deutscher, italienischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die bei dem Generalsekretär der

à l'unanimité de ses membres. L'adhésion prendra effet à la date de cet accord.

Article 20

a. La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique.

b. La présente Convention entrera en vigueur lorsqu'elle aura été ratifiée par le Gouvernement de l'État du siège et lorsque la part de capital social, attribuée en vertu de l'article 4 des Statuts aux Gouvernements ayant déposé leur instrument de ratification ou aux ressortissants de ces Gouvernements, représentera 80 pour cent du capital de la Société.

c. Pour tout Signataire qui la ratifiera ultérieurement, la présente Convention entrera en vigueur dès le dépôt de l'instrument de ratification.

Article 21

Le Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique donnera communication à tous les Gouvernements parties à la présente Convention et à la Société, de la réception des instruments de ratification, d'adhésion ou de préavis de retrait. Il leur notifiera également la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

FAIT à Paris, le 20 décembre 1957, en français, en anglais, en allemand, en italien et en néerlandais, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organi-

assent of the Special Group. Such accession shall take effect as from the date of such assent.

Article 20

(a) The present Convention shall be ratified. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation.

(b) The present Convention shall come into force when it has been ratified by the Government of the Headquarters State and when that part of the authorised capital allotted under Article 4 of the Statute to the Governments which have deposited their instruments of ratification, or to nationals of those Governments, amounts to 80 per cent of the capital of the Company.

(c) For each Signatory ratifying thereafter, the present Convention shall come into force upon the deposit of its instrument of ratification.

Article 21

The Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation shall give notice to all Governments party to the present Convention and the Company of the receipt of any instrument of ratification or accession, or of any notice of withdrawal. He shall also notify them of the date on which the present Convention comes into force.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed the present Convention.

DONE in Paris, this twentieth day of December Nineteen Hundred and Fifty Seven, in the French, English, German, Italian and Dutch languages, in a single copy which shall remain depos-

Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinterlegt wird; dieser übermittelt jedem Unterzeichner eine beglaubigte Abschrift.	sation Européenne de Coopération Économique, qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires.	ited with the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation by whom certified copies will be communicated to all Signatories.
---	---	--

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Karl Werkmeister

Für Österreich:

Herbert Prack

Für Belgien:

R. Ockrent

Für Dänemark:

E. N. Bartels

Für Frankreich:

François Valéry

Für Italien:

G. Cosmelli

Für Norwegen:

Jens Boyesen

Für die Niederlande:

E. N. van Kleffens

Für Portugal:

José Calvet de Magalhães

Für Schweden:

Ingemar Hägglöf

Für die Schweiz:

Gérard Bauer

Für die Türkei:

M. Tiney

**SATZUNG
DER EUROPÄISCHEN GE-
SELLSCHAFT FÜR DIE
CHEMISCHE AUFARBEI-
TUNG BESTRAHLTER
KERNBRENNSTOFFE
(EUROCHEMIC)**

TEIL I

**FIRMA, ZWECK, SITZ,
DAUER UND KAPITAL**

Artikel 1

Unter der Firma „Europäische Gesellschaft für die Chemische Aufarbeitung Bestrahlter Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC)“ wird in Form einer Aktiengesellschaft ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, für welches das internationale Übereinkommen über die Gründung der genannten Gesellschaft (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet), diese Satzung und subsidiär das Recht des Staates maßgebend sind, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat.

Artikel 2

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Mol (Belgien).

Die Gesellschaft wird für die Dauer von fünfzehn Jahren errichtet.

Artikel 3

Die Gesellschaft wird ein Werk und ein Laboratorium für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe noch vor 1961 errichten und sodann betreiben; sie wird die Entwicklung der Verfahren und die Ausbildung von Fachkräften auf diesem Gebiet sicherstellen.

Die Gesellschaft führt jegliche Forschung und industrielle Tätigkeit durch, um die Mitgliedstaaten der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Lage zu versetzen, die in ihren Atomreaktoren verwendeten Kernbrennstoffe unter wirtschaftlichen Bedingungen aufzuarbeiten.

**STATUTS DE LA SOCIÉTÉ
EUROPÉENNE POUR LE
TRAITEMENT CHIMIQUE
DES COMBUSTIBLES IR-
RADIÉS (EUROCHEMIC)**

PARTIE I

**RAISON SOCIALE, OBJET,
SIÈGE, DURÉE ET CAPITAL**

Article 1

Il est constitué, sous la raison sociale « Société Européenne pour le Traitement Chimique des Combustibles Irradiés (EUROCHEMIC) », une entreprise commune qui aura la forme d'une Société par actions régie par la Convention internationale relative à la Constitution de ladite Société (appelée ci-après la « Convention »), par les présents Statuts et, à titre subsidiaire, par la loi de l'État du siège.

Article 2

Le siège de la Société est à Mol (Belgique).

La Société est constituée pour une durée de quinze ans.

Article 3

La Société construira avant 1961 et exploitera une usine et un laboratoire destinés au traitement des combustibles irradiés; elle assurera ainsi la mise au point de la technique et la formation des spécialistes dans ce domaine.

La Société exercera toute activité de recherche et d'ordre industriel, en vue de mettre les pays membres de l'Organisation Européenne de Coopération économique en mesure de procéder à des conditions économiques au traitement des combustibles utilisés dans leurs réacteurs nucléaires.

**STATUTE OF THE EURO-
PEAN COMPANY FOR
THE CHEMICAL PRO-
CESSING OF IRRADIATED
FUELS (EUROCHEMIC)**

PART I

**NAME, OBJECTS, HEAD-
QUARTERS, DURATION
AND CAPITAL**

Article 1

There is hereby constituted a joint undertaking under the name of "The European Company for the Chemical Processing of Irradiated Fuels (EUROCHEMIC)" which shall take the form of a joint stock company governed by the International Convention on the Constitution of the said Company (hereinafter referred to as the "Convention"), by the present Statute and, residually, by the law of the State in which its headquarters are situated.

Article 2

The headquarters of the Company shall be at Mol (Belgium).

The Company is established for a duration of fifteen years.

Article 3

The Company will build before 1961 and operate a plant and a laboratory for the processing of irradiated fuels; it will also ensure the development of techniques and the training of specialists in this field.

The Company will carry out any research or industrial activity with a view to enabling Member countries of the Organisation for European Economic Co-operation to process the fuels used in their nuclear reactors under economic conditions.

Sobald sich herausstellt, daß die Mengen der bestrahlten Kernbrennstoffe, welche die Mitgliedstaaten der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Zwecke der Aufarbeitung in eine Gemeinschaftsanlage zu senden beabsichtigen, die Kapazität dieses Werkes zu übersteigen drohen, prüft die Gesellschaft Mittel und Wege, um den Bedarf dieser Staaten unter wirtschaftlichen Bedingungen zu befriedigen.

Artikel 4

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 20 Millionen Rechnungseinheiten der Europäischen Zahlungsunion. Es wird in 400 Aktien mit einem Nennwert von je 50.000 Rechnungseinheiten zerlegt, die insgesamt ursprünglich gezeichnet und wie folgt verteilt werden:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
68 Aktien 3,400.000

Die Regierung der Republik Österreich
20 Aktien 1,000.000

Die Regierung des Königreichs Belgien
44 Aktien 2,200.000

Die Regierung des Königreichs Dänemark
22 Aktien 1,100.000

Das Commissariat à l'Énergie Atomique in Paris
68 Aktien 3,400.000

Das Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari in Rom
44 Aktien 2,200.000

Die Regierung des Königreichs Norwegen
20 Aktien 1,000.000

Die Regierung des Königreichs der Niederlande
30 Aktien 1,500.000

Die Junta de Energia Nuclear in Lissabon
6 Aktien 300.000

Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm
32 Aktien 1,600.000

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
30 Aktien 1,500.000

Dès qu'il apparaîtra que les quantités de combustibles irradiés que les pays membres de l'Organisation Européenne de Coopération Économique entendent envoyer pour traitement dans une installation commune risquent d'excéder la capacité de cette usine, la Société devra rechercher les moyens de faire face à des conditions économiques à la demande de ces pays.

Article 4

Le capital social de la Société est fixé à 20 millions d'unités de compte de l'Union Européenne de Paiements. Il est divisé en 400 actions d'une valeur nominale de 50.000 unités de compte chacune, intégralement souscrites à l'origine et réparties comme suit:

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne
68 actions 3.400.000

Le Gouvernement de la République d'Autriche
20 actions 1.000.000

Le Gouvernement du Royaume de Belgique
44 actions 2.200.000

Le Gouvernement du Royaume de Danemark
22 actions 1.100.000

Le Commissariat à l'Énergie Atomique à Paris
68 actions 3.400.000

Le Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari à Rome
44 actions 2.200.000

Le Gouvernement du Royaume de Norvège
20 actions 1.000.000

Le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas
30 actions 1.500.000

La Junta de Energia Nuclear à Lisbonne
6 actions 300.000

Aktiebolaget Atomenergi à Stockholm
32 actions 1.600.000

Le Gouvernement de la Confédération Suisse
30 actions 1.500.000

When the quantity of irradiated fuels which Member countries of the Organisation for European Economic Co-operation wish to send for processing in a joint installation seems likely to exceed the capacity of this plant, the Company should examine means to meet the demand of these countries under economic conditions.

Article 4

The authorised capital of the Company shall be 20 million European Payments Union units of account. It shall be divided into 400 shares, each of the nominal value of 50,000 units of account, initially subscribed and allotted in full as follows:

The Government of the Federal Republic of Germany
68 shares 3,400,000

The Government of the Republic of Austria
20 shares 1,000,000

The Government of the Kingdom of Belgium
44 shares 2,200,000

The Government of the Kingdom of Denmark
22 shares 1,100,000

The Commissariat à l'Énergie Atomique in Paris
68 shares 3,400,000

The Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari in Rome
44 shares 2,200,000

The Government of the Kingdom of Norway
20 shares 1,000,000

The Government of the Kingdom of the Netherlands
30 shares 1,500,000

The Junta de Energia Nuclear in Lisbon
6 shares 300,000

Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm
32 shares 1,600,000

The Government of the Swiss Confederation
30 shares 1,500,000

Die Regierung der Türkischen Republik

16 Aktien 800.000

Artikel 5

Die Aktien der Gesellschaft werden bei Errichtung der Gesellschaft zu 20 v. H. eingezahlt. Weitere Bruchteile werden nach Maßgabe der Bedürfnisse der Gesellschaft und des Fortschritts der Arbeiten unter Berücksichtigung des in Artikel 3 bestimmten Zwecks auf Beschluß der Generalversammlung eingezahlt.

Ist ein Unterzeichner des Übereinkommens nicht in der Lage, es binnen sechs Monaten nach seinem Inkrafttreten zu ratifizieren, so wird eine Generalversammlung einberufen, um Maßnahmen zur Sicherstellung der Zeichnung des gesamten Kapitals zu beschließen.

Artikel 6

Die Aktien lauten auf den Namen.

Sie sind nur mit Zustimmung der Generalversammlung übertragbar. Die Generalversammlung kann jedoch der Übertragung von Aktien seitens eines Aktionärs auf eine Person gleicher Staatsangehörigkeit nicht widersprechen, sofern die Regierung, der diese Person untersteht, ihre Genehmigung erteilt hat.

Hat eine Regierung jedoch ihre Absicht zur Kündigung des Übereinkommens nach dessen Artikel 18 Absatz (a) erklärt, so kann die Generalversammlung der Übertragung von Aktien dieser Regierung oder die Staatsangehörigkeit dieser Regierung besitzender Aktionäre auf Regierungen, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, oder auf deren Staatsangehörige nicht widersprechen.

Die Gesellschaft führt ein Aktienregister, in welches Name und Wohnort der Aktionäre eingetragen werden. Die Gesellschaft erkennt nur diejenigen als Aktionäre an, die in diesem Register eingetragen sind.

Le Gouvernement de la République Turque

16 actions 800.000

Article 5

Les actions de la Société sont libérées, lors de la constitution de la Société, à 20 pour cent. Les autres fractions seront libérées sur décision de l'Assemblée générale, en fonction des besoins de la Société et de l'avancement des travaux, compte tenu de l'objectif fixé à l'article 3.

Dans le cas où un Signataire de la Convention ne serait pas en mesure de la ratifier dans un délai de six mois à compter de son entrée en vigueur, une Assemblée générale sera convoquée afin de décider des mesures à prendre pour assurer la souscription de la totalité du capital.

Article 6

Les actions sont nominatives.

Elles ne sont cessibles qu'avec l'accord de l'Assemblée générale. Toutefois, l'Assemblée générale ne pourra pas s'opposer à la cession d'actions par un actionnaire à une personne ayant la même nationalité, pour autant que le Gouvernement dont relève cette personne ait donné son approbation.

Si cependant un Gouvernement a déclaré son intention de donner préavis en vertu de l'article 18 (a) de la Convention, l'Assemblée générale ne pourra pas s'opposer à la cession d'actions de ce Gouvernement ou des actionnaires ressortissants de ce Gouvernement aux Gouvernements parties à la Convention ou à leurs ressortissants.

La Société tient un registre des actions dans lequel sont inscrits le nom et le domicile des actionnaires. La Société ne reconnaît comme actionnaires que ceux qui sont inscrits sur ce registre.

The Government of the Turkish Republic

16 shares 800,000

Article 5

The shares of the Company shall be paid up to 20 per cent when the Company is constituted. The General Assembly shall have power to decide when other portions shall be paid up, according to the Company's needs and the progress of its work, bearing in mind the objects as laid down in Article 3.

If, within six months of the date on which the Convention comes into force, any Signatory is not in a position to ratify it, the General Assembly will be summoned in order to decide upon measures to be taken to ensure that the whole of the capital is subscribed.

Article 6

The shares shall be registered in the name of the holder.

They shall not be transferable except with the agreement of the General Assembly. Nevertheless, the General Assembly shall not have the power to prevent the transfer of shares by a shareholder to a person having the same nationality provided that the Government having jurisdiction over such a person has given its approval.

If however, a Government declares its intention to give notice under Article 18 (a) of the Convention, the transfer of shares by this Government or by its nationals to Governments party to the Convention or their nationals cannot be prevented by the General Assembly.

The Company shall maintain a Share Register in which the names and addresses of the shareholders shall be entered. The Company shall recognise as shareholders only those whose names are entered in this register.

Artikel 7

Auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung kann das Kapital der Gesellschaft entweder durch Ausgabe neuer Aktien für Sach- oder Bareinlagen erhöht oder herabgesetzt werden. Im Falle der Kapitalerhöhung ist jeder Aktionär entsprechend dem Verhältnis der Gesamtzahl der im Zeitpunkt dieser Erhöhung in seinem Besitz befindlichen Aktien vorbehaltlich des Artikels 8 zur Zeichnung neuer Aktien berechtigt. Wird ein Bezugsrecht nicht ausgeübt, so kann es mit Zustimmung der Generalversammlung auf einen anderen Aktionär übertragen werden, ohne daß diese in dem in Artikel 6 Absatz 2 Satz 2 vorgesehenen Fall der Übertragung widersprechen kann.

Die Generalversammlung setzt die Bedingungen für die Ausgabe neuer Aktien sowie die Vorschriften betreffend die Leistung von Sacheinlagen für diese Aktien, fest.

Artikel 8

Jede Regierung sowie jede Person, die einer Vertragsregierung untersteht, kann als Aktionär der Gesellschaft zugelassen werden, entweder im Wege einer Übertragung von Aktien oder im Wege einer Zeichnung bei Kapitalerhöhung. In diesem Falle werden sämtliche neuen Aktien oder ein Teil derselben dem neuen Aktionär durch Beschluß der Generalversammlung zugeteilt.

TEIL II

DIE
GENERALVERSAMMLUNG

Artikel 9

Organe der Gesellschaft sind die Generalversammlung und der Verwaltungsrat; sie führen ihre Aufgaben vorbehaltlich der Befugnisse durch, die der durch das Übereinkommen errichteten Sondergruppe übertragen sind.

Article 7

Le capital de la Société peut être augmenté, par la création d'actions nouvelles en représentation d'apports en nature ou en espèces, ou diminué à la suite d'un vote de l'Assemblée générale. En cas d'augmentation de capital, chaque actionnaire a le droit de souscrire les nouvelles actions au prorata du nombre total des actions possédées par lui au moment de cette augmentation, sous réserve des dispositions de l'article 8. Si un droit de souscription n'est pas exercé, ce droit peut être cédé à un autre actionnaire avec l'accord de l'Assemblée générale, sans que celle-ci puisse s'opposer à la cession, dans le cas prévu à la deuxième phrase du deuxième paragraphe de l'article 6.

L'Assemblée générale fixe les conditions d'émission des nouvelles actions et les règles relatives à la libération en nature de ces actions.

Article 8

Tout Gouvernement ou personne relevant d'un Gouvernement partie à la Convention peut être admis comme actionnaire de la Société, soit par voie de cession d'actions, soit par voie de souscription à une augmentation de capital. Dans ce cas, tout ou partie des actions nouvelles sont attribuées au nouvel actionnaire par décision de l'Assemblée générale.

PARTIE II
ASSEMBLÉE GÉNÉRALE

Article 9

Les organes de la Société sont l'Assemblée générale et le Conseil d'administration, qui remplissent leurs fonctions sous réserve des pouvoirs reconnus au Groupe spécial institué par la Convention.

Article 7

The capital of the Company may be increased, by the creation of new shares representing holdings in money or in kind, or reduced, by a vote of the General Assembly. When the capital is increased each shareholder shall be entitled to subscribe for a number of the new shares in proportion to the total number of shares registered in his name at the time of the increase, subject to the provisions of Article 8. Should any shareholder not exercise his right to subscribe, such right may, with the approval of the General Assembly, be transferred to another shareholder, without the General Assembly being able to prevent such transfer in the case provided in the second sentence of the second paragraph of Article 6.

The General Assembly shall lay down the conditions under which new shares may be issued and the rules governing the paying up of such shares in kind.

Article 8

Any Government or any person deriving his right to shares from or through a Government party to the Convention may be admitted as a shareholder in the Company by a decision of the General Assembly, either by a transfer of shares or by subscription to an increase in the capital of the Company. In this case, all or a part of the new shares will be allotted for the new shareholder by decision of the General Assembly.

PART II
GENERAL ASSEMBLY

Article 9

The bodies of the Company shall be the General Assembly and the Board of Directors who will carry out their duties subject to the powers reserved to the Special Group established by the Convention.

Artikel 10

Die Generalversammlung besteht aus sämtlichen Aktionären der Gesellschaft. Je ein Vertreter der Europäischen Kernenergie-Agentur und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) nehmen an der Generalversammlung in beratender Eigenschaft teil.

Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft und hat folgende Befugnisse:

1. Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrates und ihrer Stellvertreter sowie Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
2. Ernennung der Abschlußprüfer;
3. Änderung dieser Satzung;
4. Beschlußfassung über die Einzahlung weiterer Bruchteile des Kapitals;
5. Beschlußfassung über jede Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals;
6. Beschlußfassung über die Übertragung von Aktien und Bezugsrechten;
7. Beschlußfassung über die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft;
8. Beschlußfassung über die Auflösung der Gesellschaft;
9. Bestellung der Liquidatoren;
10. Genehmigung der in Artikel 21 vorgesehenen Geschäftsordnung;
11. Entgegennahme des Berichts der Abschlußprüfer; Prüfung und Genehmigung des Geschäftsberichts, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung; Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder;
12. Genehmigung des Jahresberichts an die Regierungen der Teilnehmerstaaten;
13. Festsetzung des Höchstbetrages, bis zu welchem innerhalb eines gegebenen Zeitraums Anleihen aufgenommen werden dürfen;

Article 10

L'Assemblée générale se compose de tous les actionnaires de la Société. Un représentant de l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire et un représentant de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique (EURATOM) participent à l'Assemblée générale à titre consultatif.

L'Assemblée générale est l'organe supérieur de la Société et a les attributions suivantes:

1. Elle nomme les membres du Conseil d'administration et leurs suppléants et fixe la rémunération des membres du Conseil d'administration.
2. Elle nomme les commissaires vérificateurs.
3. Elle modifie les présents Statuts.
4. Elle décide de la libération de nouvelles fractions du capital.
5. Elle décide toute augmentation ou réduction du capital social.
6. Elle prend toutes décisions relatives aux cessions d'actions et de droits de souscription.
7. Elle prononce la prorogation de la durée de la Société.
8. Elle prononce la dissolution de la Société.
9. Elle nomme les liquidateurs.
10. Elle approuve le règlement de gestion visé à l'article 21.
11. Elle prend connaissance du rapport des commissaires vérificateurs, examine et approuve le rapport de gestion, le bilan et le compte de profits et pertes, statue sur l'emploi du bénéfice net et donne décharge de leur gestion aux administrateurs.
12. Elle approuve le rapport annuel aux Gouvernements des pays participants.
13. Elle fixe le montant maximum des emprunts pouvant être conclus dans une période déterminée.

Article 10

The General Assembly shall be composed of all the shareholders of the Company. A representative of the European Nuclear Energy Agency and a representative of the European Atomic Energy Community (EURATOM) shall take part in the General Assembly in an advisory capacity.

It shall be the superior body of the Company, and shall have the following powers:

1. To appoint the members of the Board of Directors and their Alternates and fix the remuneration of the members of the Board of Directors.
2. To appoint the Auditors.
3. To amend the present Statute.
4. To decide upon the paying up of new portions of the capital.
5. To decide upon any increase or reduction in the authorised capital.
6. To make any decision as to the transfer of shares or subscription rights.
7. To declare the extension of the period fixed for the duration of the Company.
8. To declare the dissolution of the Company.
9. To appoint the liquidators.
10. To approve the rules of management referred to in Article 21.
11. To consider the auditors' report, to examine and approve the management report, balance-sheet and profit and loss account, to decide on the allocation of the net profit and to receive the Directors' report on their conduct of the Company's business.
12. To approve the annual report to the Governments of the countries taking part.
13. To fix the maximum amount which may be borrowed during a given period.

14. Beschlußfassung über alle anderen Gegenstände, die ihr durch Gesetz vorbehalten sind oder vom Verwaltungsrat vorgelegt werden.

Artikel 11

Die erste Sitzung der Generalversammlung wird binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieser Satzung durch den Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit einberufen.

Die ordentliche Generalversammlung wird jedes Jahr vom Verwaltungsrat binnen sechs Monaten nach Abschluß des Geschäftsjahres einberufen.

Artikel 12

Außerordentliche Generalversammlungen werden wie folgt einberufen:

1. durch Beschluß der Generalversammlung oder des Verwaltungsrates;
2. auf Antrag der in Artikel 11 des Übereinkommens vorgesehenen Sondergruppe;
3. auf Antrag des Ausschusses der Abschlußprüfer;
4. auf Antrag eines oder mehrerer Aktionäre, deren Aktien zusammen mindestens ein Zehntel des Grundkapitals betragen. Dieser Antrag ist unter Angabe des Zwecks schriftlich zu stellen.

Einberufung und Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen in gleicher Form wie im Fall einer ordentlichen Generalversammlung.

Artikel 13

Die Aktionäre werden zu einer Generalversammlung mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Sitzung durch eingeschriebenen Brief einberufen.

Das Einberufungsschreiben hat die Tagesordnung und, wenn diese eine Änderung dieser

14. Elle statue sur toutes les autres questions qui lui sont réservées par la loi, ou qui lui sont soumises par le Conseil d'administration.

Article 11

L'Assemblée générale se réunit pour la première fois dans le mois qui suit l'entrée en vigueur des présents Statuts, sur convocation du Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique.

L'Assemblée générale ordinaire se réunit chaque année sur convocation du Conseil d'administration dans les six mois suivant la clôture de l'exercice.

Article 12

Des Assemblées générales extraordinaires sont convoquées:

1. Par décision de l'Assemblée générale ou du Conseil d'administration;
2. à la demande du Groupe spécial prévu à l'article 11 de la Convention;
3. à la demande du collège des commissaires vérificateurs;
4. à la demande d'un ou de plusieurs actionnaires dont les actions représentent ensemble un dixième au moins du capital social. Cette demande est faite par écrit en indiquant le but visé.

La convocation d'une Assemblée générale extraordinaire et son organisation suivent les mêmes formes que celles de l'Assemblée générale ordinaire.

Article 13

Les actionnaires sont convoqués à l'Assemblée générale par lettre recommandée, deux semaines au moins avant la date de la séance.

La lettre de convocation doit indiquer l'ordre du jour, et, si celui-ci implique une modifica-

14. To decide any other question reserved by law to it or submitted to it by the Board of Directors.

Article 11

The first meeting of the General Assembly shall be convened by the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation within one month of the coming into force of the present Statute.

An ordinary meeting of the General Assembly shall be held each year and shall be convened by the Board of Directors within six months of the date to which the accounts are made up.

Article 12

Extraordinary meetings shall be convened:

1. On the decision of the General Assembly or of the Board of Directors;
2. At the request of the Special Group provided for in Article 11 of the Convention;
3. At the request of the Board of Auditors;
4. At the request of one or more shareholders whose shares together amount to at least one-tenth of the authorised capital. Such request shall be made in writing and shall specify the purpose for which the meeting is to be held.

The method of summoning an extraordinary meeting and the procedure thereof shall be in the same form as those of an ordinary meeting.

Article 13

The shareholders shall be summoned to a meeting of the General Assembly by registered letter at least two weeks before the date of the meeting.

The summons shall specify the business to be transacted at the meeting and, if such

Satzung vorsieht (Artikel 10 Nummern 3, 5, 7 und 8), den wesentlichen Inhalt der vorgeschlagenen Änderung anzugeben.

Über nicht auf der Tagesordnung stehende Gegenstände können Beschlüsse nicht gefaßt werden, mit Ausnahme eines Beschlusses über einen in der Sitzung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung.

Die Generalversammlungen finden am Sitze der Gesellschaft statt, sofern der Verwaltungsrat nichts anderes beschließt.

Artikel 14

Die Aktionäre üben ihr Stimmrecht in der Generalversammlung im Verhältnis zum Nennwert aller ihnen gehörenden Aktien aus. Jede Aktie gibt Recht auf eine Stimme.

Artikel 15

Die Generalversammlung ist nach der ersten Einberufung verhandlungsfähig, wenn die Mehrheit der Aktien vertreten ist. Wird diese Mehrheit in der Generalversammlung nicht erreicht, so wird mit einer Mindestfrist von zwei Wochen eine zweite Generalversammlung einberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien verhandlungsfähig ist.

Die Generalversammlung faßt ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der vertretenen Aktien-Stimmen.

In den unter Artikel 10 Nummern 3 bis 8 und 13 angeführten Fällen bedürfen die Beschlüsse der Zweidrittelmehrheit des Grundkapitals.

Abgestimmt wird durch Handzeichen, wenn kein Aktionär geheime Stimmabgabe verlangt.

Artikel 16

Die Generalversammlung wird vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder, falls die-

tion des présents Statuts (points 3, 5, 7 et 8 de l'article 10), la teneur essentielle de la modification proposée.

Il ne peut être pris aucune décision sur des objets ne figurant pas à l'ordre du jour, si ce n'est sur une proposition faite en séance de convoquer une Assemblée générale extraordinaire.

Les Assemblées générales se tiennent au siège de la Société, sauf décision contraire du Conseil d'administration.

Article 14

Les actionnaires exercent leur droit de vote à l'Assemblée générale proportionnellement à la valeur nominale de toutes les actions qui leur appartiennent. Toute action donne droit à un vote.

Article 15

L'Assemblée générale délibère valablement sur première convocation lorsque la majorité des actions est représentée. A défaut par l'Assemblée générale de réunir ce quorum, il en est convoqué une seconde, avec préavis minimum de deux semaines, laquelle délibère valablement quel que soit le nombre des actions représentées.

L'Assemblée générale prend ses décisions à la majorité des voix des actions représentées.

Dans les cas énumérés sous les points 3 à 8 et 13 de l'article 10, les décisions requièrent une majorité des deux tiers du capital social.

Les votes ont lieu à main levée, à moins qu'un actionnaire ne demande le scrutin secret.

Article 16

L'Assemblée générale est présidée par le président du Conseil d'administration ou, en cas

business includes any amendment to the present Statute (sub-clauses 3, 5, 7 and 8 of Article 10), the purport of such amendment shall be fully set out.

No decision shall be made on any matter not specified in the notice summoning the meeting, except in the case of a proposal made at the meeting to summon an extraordinary meeting of the General Assembly.

The General Assembly shall meet at the headquarters of the Company, unless the Board of Directors otherwise decides.

Article 14

The number of votes held by shareholders at a meeting of the General Assembly shall be proportional to the nominal value of all the shares registered in their respective names. Each share shall carry the right to one vote.

Article 15

On a meeting of the General Assembly being summoned, it shall be entitled to proceed to business as soon as a majority of the shares are represented. Should this quorum not be present at the first session, a further session shall be convened upon at least two weeks' notice, and such a session shall be entitled to proceed to business whatever may be the number of shares represented.

The General Assembly shall take its decisions by the majority vote of the shares represented.

Decisions in the case of the powers set out in sub-clauses 3 to 8 and 13 of Article 10 shall require a majority of two-thirds of the authorised capital.

Voting shall take place by show of hands, unless a shareholder asks for a secret ballot.

Article 16

The Chairman of the Board of Directors, or, should he be unable to attend, one

ser verhindert ist, von einem der stellvertretenden Vorsitzenden oder in Ermangelung eines solchen von einem vom Verwaltungsrat bestimmten Mitglied geleitet.

Die Generalversammlung wählt durch Handzeichen zwei Stimmenzähler. Sie wählt ferner einen Protokollführer, der nicht Aktionär zu sein braucht.

Artikel 17

Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung wird Protokoll geführt.

Das Protokoll ist vom Sitzungsleiter, den Stimmenzählern und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Protokollabschriften oder -auszüge sind vom Vorsitzenden oder von einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats zu unterzeichnen.

TEIL III

DER VERWALTUNGSRAT

Artikel 18

Der Verwaltungsrat ist mit der Führung der Geschäfte der Gesellschaft betraut.

Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Diese sowie ihre Stellvertreter werden ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit von der Generalversammlung bestellt. Je ein Vertreter der Europäischen Kernenergie-Agentur und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrats in beratender Eigenschaft teil.

Aktionäre oder Aktionärsgruppen, die mindestens 5 v. H. der Aktien der Gesellschaft besitzen, haben Anspruch auf je einen Sitz im Verwaltungsrat; jeder derart Berechtigte schlägt der Generalversammlung die Bestellung eines Verwaltungsratsmitglieds und eines Stellvertreters vor.

d'empêchement de celui-ci, par l'un des vice-présidents ou, à défaut, par l'un des administrateurs, désigné par le Conseil.

L'Assemblée générale nomme, au scrutin à main levée, deux scrutateurs. Elle nomme également un secrétaire, qui n'est pas obligatoirement actionnaire.

Article 17

Les délibérations et les décisions de l'Assemblée générale sont consignées dans un procès-verbal.

Le procès-verbal est signé par le président de séance, les scrutateurs et le secrétaire.

Les expéditions ou les extraits sont signés par le président du Conseil ou l'un des vice-présidents.

PARTIE III

CONSEIL D'ADMINISTRATION

Article 18

Le Conseil d'administration est chargé de diriger les affaires de la Société.

Le Conseil d'administration est composé de 15 administrateurs. Les administrateurs et leurs suppléants sont désignés par l'Assemblée générale sans condition de nationalité. Un représentant de l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire et de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique (EURATOM) participent aux séances du Conseil d'administration à titre consultatif.

Chaque actionnaire ou chaque groupe d'actionnaires possédant au moins 5 pour cent des actions de la Société a droit à un siège au Conseil d'administration et propose à l'Assemblée générale la désignation d'un administrateur et d'un suppléant.

of the Vice-Chairmen, or, in default thereof, one of the Directors appointed by the Board shall be Chairman of the meetings of the General Assembly.

The General Assembly shall, by show of hands, appoint two tellers. It shall also appoint a Secretary, who need not necessarily be a shareholder.

Article 17

The discussions and decisions of the General Assembly shall be recorded in Minutes.

The Minutes shall be signed by the Chairman of the meeting, the tellers and the Secretary.

Copies or extracts shall be signed by the Chairman or one of the Vice-Chairmen of the Board.

PART III

BOARD OF DIRECTORS

Article 18

The Board of Directors shall be responsible for managing the business of the Company.

The Board of Directors shall consist of 15 Directors. The Directors and their Alternates shall be appointed by the General Assembly regardless of nationality. A representative of the European Nuclear Energy Agency and a representative of the European Atomic Energy Community (EURATOM) shall take part in the sessions of the Board of Directors in an advisory capacity.

Each shareholder or group of shareholders holding at least 5 per cent of the Company's shares shall be entitled to a seat on the Board of Directors and shall propose to the General Assembly the appointment of a Director and an Alternate.

Die Verwaltungsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf drei Jahre bestellt. Wiederbestellung ist zulässig. Nach Ablauf der ersten drei Jahre wird jedes Jahr ein Drittel des Verwaltungsrats erneuert. Zu diesem Zweck werden in der Sitzung der Generalversammlung, die auf den Ablauf des dritten Rechnungsjahres der Gesellschaft folgt, die Verwaltungsratsmitglieder, die zum Ende des vierten und fünften Rechnungsjahres der Gesellschaft ausscheiden, durch das Los bestimmt.

Alle Verwaltungsratsmitglieder haben gleiches Stimmrecht.

Artikel 19

Die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt in der ordentlichen Generalversammlung. Das gleiche gilt für etwaige Ersatzwahlen, sofern nicht ein Aktionär die sofortige Besetzung eines freigewordenen Sitzes verlangt. In diesem Falle beruft der Verwaltungsrat unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zur Vornahme der Ersatzwahl ein.

Artikel 20

Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats werden alljährlich zum Verwaltungsrat bestellt. Wiederbestellung ist zulässig. Der Verwaltungsrat bestellt einen Sekretär, der nicht dem Kreise seiner Mitglieder anzugehören braucht.

Ist der Vorsitzende verhindert, so führt einer der stellvertretenden Vorsitzenden oder in Ermangelung eines solchen das älteste in der Sitzung anwesende Verwaltungsratsmitglied den Vorsitz im Verwaltungsrat.

Artikel 21

Der Verwaltungsrat beschließt über alle Angelegenheiten, die

Les administrateurs et leurs suppléants sont désignés pour une période de trois ans. Ils sont rééligibles. Après la première période de trois ans, le renouvellement du Conseil est effectué par tiers chaque année. A cet effet, lors de l'Assemblée générale qui suivra l'expiration du troisième exercice social, il sera procédé par voie de tirage au sort à la désignation des administrateurs sortant à la fin des quatrième et cinquième exercices sociaux.

Tous les administrateurs ont un droit de vote égal.

Article 19

L'élection des administrateurs et de leurs suppléants a lieu à l'Assemblée générale ordinaire. Il en est de même, le cas échéant, des élections complémentaires, à moins que la nomination immédiate d'un nouveau titulaire à un siège vacant ne soit demandée par un actionnaire. Dans ce cas, le Conseil d'administration est tenu de convoquer, sans retard, une Assemblée générale extraordinaire pour procéder à l'élection complémentaire.

Article 20

Le président et les vice-présidents du Conseil d'administration sont désignés chaque année par le Conseil d'administration. Ils sont rééligibles. Le Conseil désigne un secrétaire, qui peut être pris en dehors de ses membres.

En cas d'empêchement du président, la présidence du Conseil est assurée par l'un des vice-présidents, ou, à défaut, par le plus âgé des administrateurs présents à la réunion.

Article 21

Le Conseil d'administration statue sur toutes les affaires qui

The Directors and their Alternates shall be appointed for a period of three years. They may be re-elected. After the first period of three years, one-third of the Board will be replaced each year. To that end, at the meeting of the General Assembly following the expiry of the Company's third financial year, lots will be drawn to determine which Directors shall retire at the end of the Company's fourth and fifth financial years.

All the Directors shall have an equal vote.

Article 19

The Directors and their Alternates shall be elected at an ordinary meeting of the General Assembly. The same procedure shall be followed upon a casual vacancy, unless a shareholder requests the vacancy be filled forthwith. In that event, the Board of Directors shall immediately summon an extraordinary meeting of the General Assembly to elect a new Director.

Article 20

The Chairman and Vice-Chairmen of the Board of Directors shall be appointed annually by the Board of Directors. They may be re-appointed. The Board shall appoint a Secretary who may not necessarily be one of its members.

Should the Chairman be unable to attend, one of the Vice-Chairmen or, in default, the eldest Director present at the meeting shall take the chair of the Board.

Article 21

The Board of Directors shall have power to determine any

nicht einem anderen Organ der Gesellschaft übertragen sind.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die Führung der Geschäfte der Gesellschaft ganz oder teilweise einem oder mehreren seiner Mitglieder oder Dritten zu übertragen, die nicht Verwaltungsratsmitglieder zu sein brauchen. Er erläßt eine Geschäftsordnung, in der die Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates, seiner Delegierten und der Geschäftsleitung festgelegt sind.

In dieser Geschäftsordnung, die von der Generalversammlung zu genehmigen ist, hat der Verwaltungsrat seiner eigenen Beschlußfassung folgendes vorzubehalten:

1. die Zusammensetzung der Geschäftsleitung, die Festlegung der Bedingungen für die Einstellung und Abberufung ihrer Mitglieder und die Annahme ihres Rücktritts;

2. die Bestellung der Verwaltungsratsmitglieder, die im Namen der Gesellschaft zeichnungsberechtigt sind, sowie die Erteilung des Zeichnungsrechts an Personen, die dem Verwaltungsrat nicht angehören (Geschäftsleiter, Prokuristen);

3. die Bestellung des Generaldirektors der Gesellschaft;

4. die Aufnahme von Anleihen jeder Art in dem durch die Generalversammlung festgelegten Rahmen;

5. den Abschluß von Verträgen über die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe oder über die Zuteilung des wiedergewonnenen besonderen spaltbaren Materials;

6. den Abschluß von Verträgen über Patente, über vorläufige Schutzrechte oder über Gebrauchsmuster, die Eigentum der Gesellschaft sind;

7. die notwendigen Abmachungen über die Ausübung der Sicherheitskontrolle und sämtliche Abmachungen mit der Europäischen Kernenergie-Agentur;

ne sont pas attribuées à un autre organe de la Société.

Le Conseil d'administration est autorisé à déléguer tout ou partie de la gestion de la Société à un ou plusieurs de ses membres ou à des tiers, qui ne sont pas nécessairement administrateurs. Il établit un règlement de gestion déterminant les droits et les obligations du Conseil d'administration, de ses délégués et de la Direction.

Dans ce règlement, qui doit être approuvé par l'Assemblée générale, le Conseil d'administration doit cependant réserver à sa propre décision:

1. La composition de la Direction, la fixation des conditions d'engagement et la révocation des membres de celle-ci et l'acceptation de leur démission.

2. La désignation des administrateurs autorisés à signer au nom de la Société, ainsi que l'attribution du droit de signature à des personnes ne faisant pas partie du Conseil d'administration (directeurs, fondés de pouvoirs).

3. La désignation du Directeur général de la Société.

4. La conclusion d'emprunts, quelle qu'en soit la forme, dans les limites fixées par l'Assemblée générale.

5. La conclusion des contrats relatifs au traitement des combustibles irradiés ou à l'attribution des produits fissiles spéciaux récupérés.

6. La conclusion des contrats relatifs aux brevets, titres de protection provisoire ou modèles d'utilité, qui sont la propriété de la Société.

7. Les arrangements nécessaires pour l'exercice du contrôle de sécurité et généralement de tous arrangements avec l'Agence Européenne pour l'Énergie Nucléaire.

matter not coming within the competence of another body of the Company.

The Board of Directors shall have power to delegate all or any part of the management of the Company to one or more of its members or to third persons, who need not necessarily be Directors. It shall draw up rules of management which shall define the rights and duties of the Board of Directors, its delegates and the Managerial Staff.

In these rules, which must be approved by the General Assembly, the Board of Directors must, however, reserve to itself the right of determining the following matters:

1. Composition of the Managerial Staff, and the establishment of conditions of appointment and dismissal for members thereof including the acceptance of their resignation.

2. Appointment of the Directors and persons not on the Board of Directors (members of the Managerial Staff and signing clerks) empowered to sign on behalf of the Company.

3. Appointment of the Managing Director of the Company.

4. Negotiation of loans, in whatever form, subject to any limits imposed by the General Assembly.

5. Conclusion of contracts relating to the processing of irradiated fuels or to the allocation of the special fissionable materials recovered.

6. Conclusion of contracts relating to patents, rights of provisional protection, or utility models owned by the Company.

7. Necessary arrangements for the exercise of security control and any arrangement whatsoever with the European Nuclear Energy Agency.

8. den Bau jedes neuen Werkes durch die Gesellschaft und die Festlegung seines Standortes sowie die Erweiterung eines bestehenden Werkes zu einer Großanlage;

9. die Aufstellung des Geschäftsberichts, des Jahresberichts an die Regierungen der Teilnehmerstaaten und der Jahresbilanz sowie die Formulierung der Vorschläge, die der Generalversammlung vorzulegen sind. Er läßt die Buchführung durch Buchsachverständige prüfen, die an der Geschäftsführung der Gesellschaft unbeteteiligt sind.

Artikel 22

Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung durch seinen Vorsitzenden oder einen der stellvertretenden Vorsitzenden, so oft es die Geschäfte erfordern, mindestens aber einmal vierteljährlich, zusammen. Die Einberufung erfolgt durch eingeschriebenen Brief, dem die Tagesordnung beiliegt und der mindestens acht Tage vor der Sitzung abzusenden ist.

Der Vorsitzende hat den Verwaltungsrat einzuberufen, wenn ein Verwaltungsratsmitglied dies schriftlich unter Angabe des Gegenstandes verlangt, den es auf die Tagesordnung gesetzt sehen möchte. In diesem Falle muß die Sitzung spätestens zwei Wochen nach Empfang des betreffenden Schreibens stattfinden.

Im Einberufungsschreiben ist der Sitzungsort anzugeben.

Ein Verwaltungsratsmitglied, das verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen, und dessen Stellvertreter gleichfalls verhindert ist, kann seine Stimme schriftlich abgeben oder sich von einem anderen Verwaltungsratsmitglied oder Stellvertreter, dem es ausdrücklich sein Stimmrecht überträgt, vertreten lassen. Ein Verwaltungsratsmitglied oder Stellvertreter kann nur einen seiner Kollegen vertreten.

8. La construction de toute nouvelle usine par la Société et la fixation de son emplacement, ainsi que l'extension d'une usine existante conduisant à une nouvelle usine de grande dimension.

9. L'établissement du rapport de gestion, du rapport annuel aux Gouvernements des pays participants, du bilan annuel et de la teneur des propositions à soumettre à l'Assemblée générale. Il fera examiner les comptes par des experts comptables étrangers à la gestion de la Société.

Article 22

Le Conseil d'administration se réunit, sur convocation de son président ou de l'un des vice-présidents, aussi souvent que les affaires l'exigent, au moins une fois par trimestre. Les convocations se font par lettres recommandées, accompagnées de l'ordre du jour et adressées au moins huit jours à l'avance.

Le président est tenu de convoquer le Conseil sur demande écrite d'un administrateur, faisant connaître la question dont il désire l'inscription à l'ordre du jour. Dans un tel cas, la séance doit avoir lieu au plus tard dans les deux semaines qui suivent la réception de la lettre de demande.

La convocation précise le lieu de la séance.

Un administrateur empêché d'assister à la réunion, et dont le suppléant est empêché, peut émettre son vote par écrit ou se faire représenter par un autre administrateur ou suppléant auquel il délègue expressément son droit de vote. Tout administrateur ou suppléant ne peut représenter qu'un seul de ses collègues.

8. Construction by the Company and the fixing of the site of any new plant and any extension of the existing plant leading to a new plant of large size.

9. Preparation of the management report, the annual report to the Governments of the countries taking part, the annual balance-sheet and the substance of any proposal to be submitted to the General Assembly. It shall cause the accounts to be audited by accountants who have no part in the management of the Company.

Article 22

The Board of Directors shall meet on the summons of the Chairman or one of the Vice-Chairmen as often as business requires and at least once every three months. Members of the Board shall be summoned by registered letter which shall specify the business to be transacted and which shall be despatched at least eight days before the date of meeting.

The Chairman must summon the Board on the written request of a Director, specifying the matter to be considered at the meeting. In this event, such meeting shall be held not later than two weeks after the receipt of the letter of request.

The summons shall indicate the place of meeting.

A Director who is unable to attend a meeting, and whose Alternate is also unable to attend, may vote in writing or may appoint another Director or Alternate expressly empowered to vote on his behalf, as his proxy. No Director or Alternate can act as proxy for more than one of his colleagues.

In dringenden Fällen können Beschlüsse auch brieflich oder telegraphisch gefaßt werden, sofern nicht ein Verwaltungsratsmitglied verlangt, daß die Beschlußfassung in einer Sitzung erfolgt.

Artikel 23

Der Verwaltungsrat ist weder verhandlungs- noch beschlußfähig, wenn er nicht ordnungsgemäß einberufen wurde und wenn nicht die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder durch Stellvertreter oder Bevollmächtigte vertreten ist.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates erfordern die Stimmenmehrheit der anwesenden oder durch Stellvertreter oder Bevollmächtigte vertretenen Verwaltungsratsmitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Sitzungsleiters den Ausschlag. Beschlüsse über die in Artikel 21 Nummern 3 bis 8 aufgezählten Angelegenheiten bedürfen jedoch der Zweidrittelmehrheit.

Artikel 24

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates wird ein Protokoll geführt.

Das Protokoll ist vom Sitzungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

Protokollabschriften oder -auszüge sind von dem Vorsitzenden oder einem der stellvertretenden Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Artikel 25

Die den Verwaltungsratsmitgliedern zustehende Vergütung wird von der Generalversammlung festgesetzt.

TEIL IV INFORMATIONEN UND PATENTE

Artikel 26

a) Die Aktionäre werden über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und über die

Dans des cas urgents, les décisions peuvent être prises par lettres ou par télégrammes, à moins que la décision en séance ne soit requise par l'un des administrateurs.

Article 23

Le Conseil d'administration ne peut délibérer ni prendre de décisions valables s'il n'a été convoqué régulièrement et si la majorité des administrateurs n'est présente ou représentée par des suppléants ou par procuration.

Les décisions du Conseil sont prises à la majorité des administrateurs présents ou représentés par des suppléants ou par procuration. En cas d'égalité des voix, celle du président de séance est prépondérante. Par exception, pour les décisions portant sur les points 3 à 8 de l'article 21, une majorité des deux tiers est requise.

Article 24

Les délibérations et les décisions du Conseil d'administration sont consignées dans un procès-verbal.

Le procès-verbal est signé par le président de séance et par le secrétaire.

Les expéditions ou les extraits sont signés par le président ou l'un des vice-présidents.

Article 25

La rémunération des administrateurs est fixée par l'Assemblée générale.

PARTIE IV INFORMATIONS ET BREVETS

Article 26

a. Les actionnaires ont communication des résultats des recherches scientifiques et des con-

In urgent cases, decisions may be taken by letter or telegram, unless any of the Directors requests that a meeting should be summoned for the purpose.

Article 23

The Board of Directors has power to hold discussions and take decisions only if it has been regularly summoned and if the majority of the Directors is present or represented by Alternates or by proxy.

Decisions of the Board shall be taken by a majority of the Directors present or represented by Alternates or by proxy. Should the votes be equally divided, the Chairman of the meeting has a second or casting vote. Exceptionally, for decisions on the matters enumerated in sub-clauses 3 to 8 of Article 21, a two-thirds majority is required.

Article 24

The discussions and decisions of the Board of Directors shall be recorded in Minutes.

The Minutes shall be signed by the Chairman of the meeting and by the Secretary.

Copies or extracts shall be signed by the Chairman or one of the Vice-Chairmen.

Article 25

The remuneration of the Directors shall be fixed by the General Assembly.

PART IV KNOWLEDGE AND PATENTS

Article 26

(a) The shareholders shall be informed of the results of the scientific research and of the

Kenntnisse unterrichtet, die sich aus der Tätigkeit der Gesellschaft ergeben, mit Ausnahme der Informationen, die der Gesellschaft erteilt wurden und über die sie nicht frei verfügen kann. Diese Verpflichtung hindert die Gesellschaft jedoch nicht daran, die zum Schutz ihrer Erfindungen notwendigen Maßnahmen zu treffen.

b) Die unter Absatz (a) erwähnten Ergebnisse und Kenntnisse werden durch Berichte den Aktionären zugänglich gemacht, die überdies Praktikanten, deren Vergütung sie tragen, in die Einrichtungen der Gesellschaft entsenden können. Der Verwaltungsrat arbeitet die Vorschriften für die Zulassung von Praktikanten aus. Die Höchstzahl der Praktikanten, die auf jeden Aktionär entfällt, wird unter Berücksichtigung seiner Beteiligung am Grundkapital bestimmt.

c) Die Aktionäre sind berechtigt, nichtausschließliche Lizenzen auf Patente, vorläufige Schutzrechte oder Gebrauchsmuster zu erwerben, die Eigentum der Gesellschaft sind. Sie sind ferner berechtigt, Unterlizenzen der Lizenzen zu erwerben, die der Gesellschaft mit der Befugnis zustehen, die Unterlizenzen zu gewähren. Die Bedingungen für diese Lizenzen und Unterlizenzen werden für alle beteiligten Aktionäre ohne Diskriminierung festgelegt.

d) Die Weitergabe der von der Gesellschaft empfangenen Informationen durch Aktionäre, sowie die Erteilung von Unterlizenzen an Dritte durch Aktionäre, die von der Gesellschaft eine Lizenz erhalten haben, bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat kann jedoch der Weitergabe von Informationen oder der Erteilung einer Unterlizenz durch eine Regierung oder eine öffentliche Stelle an ein Unternehmen nicht widersprechen, das in diesem Staat die betreffende Information oder Erfindung auswerten will.

naissances résultant du fonctionnement de la Société, sous réserve des informations communiquées à la Société et dont elle n'a pas la libre disposition. Toutefois, cette obligation n'empêche pas la Société de prendre les mesures nécessaires pour assurer la protection de ses inventions.

b. Les résultats et connaissances visés au paragraphe précédent sont diffusés par des rapports aux actionnaires qui peuvent, en outre, envoyer dans les installations de la Société des stagiaires dont la rémunération est à leur charge. Les règles relatives à l'admission des stagiaires sont élaborées par le Conseil d'administration. Le nombre maximum des stagiaires pour chaque actionnaire est déterminé en tenant compte de sa participation dans le capital social.

c. Les actionnaires ont le droit d'acquérir des licences non exclusives sur les brevets, titres de protection provisoire ou modèles d'utilité qui sont la propriété de la Société. Ils ont le droit également d'acquérir des sous-licences des licences dont la Société bénéficie avec la faculté de concéder les sous-licences. Les conditions de ces licences et sous-licences seront fixées sans discrimination pour tous les actionnaires intéressés.

d. La communication par les actionnaires des informations obtenues de la Société ainsi que l'octroi par des actionnaires ayant obtenu une licence de la Société de sous-licences à des tiers, est soumise à l'accord du Conseil d'administration. Toutefois, le Conseil d'administration ne peut pas s'opposer à la communication d'informations ou à l'octroi d'une sous-licence par un Gouvernement ou une institution publique à une entreprise qui entreprendrait d'exploiter, dans son pays, les informations ou l'invention en cause.

information obtained from the activities of the Company, except for knowledge obtained by the Company and which is not freely at its disposal. However, this obligation shall not prevent the Company from taking the necessary steps to ensure the protection of its inventions.

(b) The results and information mentioned in the preceding paragraph shall be circulated through reports to the shareholders, who may, in addition, send trainees to the installations of the Company; the shareholders shall be responsible for the remuneration of trainees. The Board of Directors shall prepare rules for the admission of trainees. The maximum number of trainees for each shareholder shall be determined, taking into account his participation in the Company's capital.

(c) The shareholders shall be entitled to acquire non-exclusive licences under patents, rights of provisional protection, or utility models belonging to the Company. They are also entitled to obtain sub-licences of licences of which the Company has the right to grant sub-licences. The conditions for these licences and sub-licences shall be fixed for all the interested shareholders without discrimination.

(d) The communication of knowledge obtained from the Company by shareholders as well as the granting by shareholders, who are licensees of the Company, of sub-licences to third persons shall be subject to the consent of the Board of Directors. Nevertheless, the Board of Directors shall not have the power to prevent the communication of knowledge or the granting of a sub-licence by a Government or a public institution to an enterprise, which undertakes to exploit, in its country, the knowledge or the invention in question.

e) Die Arbeitnehmer und Praktikanten der Gesellschaft dürfen Informationen, die sie über die Arbeit der Gesellschaft erworben haben, ohne Genehmigung nicht weitergeben.

e. Les employés et stagiaires de la Société ne pourront communiquer sans autorisation les informations qu'ils auront pu recueillir sur les travaux de la Société.

(e) The employees and trainees of the Company may not, without authorisation, communicate knowledge which they may have acquired concerning the work of the Company.

TEIL V BUCHFÜHRUNG. LIQUIDATION

Artikel 27

Die Gesellschaft tritt in die von der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verwirklichung des Zwecks der Gesellschaft eingegangenen Rechte und Pflichten ein und erstattet ihr alle diesbezüglichen besonderen Ausgaben.

Artikel 28

Die Buchführung der Gesellschaft wird durch einen von der Generalversammlung auf drei Jahre gewählten Ausschuss von drei Abschlußprüfern geprüft. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Aktionäre oder Aktionärsgruppen, die 20 v. H. des Grundkapitals vertreten, können die Bestellung je eines weiteren Abschlußprüfers verlangen.

Die Abschlußprüfer haben insbesondere die Aufgabe, zu prüfen, ob die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit den Geschäftsbüchern übereinstimmen, ob letztere ordnungsgemäß geführt sind und ob das ausgewiesene Gesellschaftsvermögen und die ausgewiesenen Ergebnisse des Finanzgebarens der Gesellschaft den Bestimmungen entsprechen, die für die Gesellschaft gemäß Artikel 1 maßgebend sind.

Zur Durchführung ihrer Aufgabe sind die Abschlußprüfer berechtigt, die Geschäftsbücher der Gesellschaft und alle Buchungsbelege einzusehen. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung müssen ihnen mindestens dreißig Tage vor dem Zusammentritt der Generalversammlung vorgelegt werden.

PARTIE V COMPTES. LIQUIDATION

Article 27

La Société prendra à sa charge les droits et obligations contractées et remboursera les dépenses spéciales encourues par l'Organisation Européenne de Coopération Économique pour la réalisation de l'objet de la Société.

Article 28

Les comptes de la Société sont vérifiés par un collège de trois commissaires vérificateurs élus par l'Assemblée générale pour une durée de trois ans. Ils sont rééligibles.

Toute actionnaire ou groupe d'actionnaires représentant 20 pour cent du capital social peut exiger la désignation d'un commissaire vérificateur additionnel.

Les commissaires vérificateurs ont notamment pour mission de vérifier si le bilan et le compte de profits et pertes sont conformes aux livres comptables, si ces derniers sont tenus avec exactitude et si l'état de la fortune sociale et des résultats de la gestion financière de la Société répond aux règles régissant cette dernière en vertu de l'article 1.

Pour l'accomplissement de leur mission, les commissaires vérificateurs ont le droit de consulter les livres comptables et tous documents justificatifs. Le bilan et le compte de profits et pertes doivent leur être soumis trente jours au moins avant la date de l'Assemblée générale.

PART V ACCOUNTS. LIQUIDATION

Article 27

The Company shall take over rights and obligations assumed by, and will reimburse for any special expenditure incurred by, the Organisation for European Economic Co-operation in pursuance of the objects of the Company.

Article 28

The accounts of the Company shall be audited by a Board of three auditors elected by the General Assembly for a period of three years. The auditors may be re-elected.

Any shareholder or group of shareholders representing 20 per cent of the authorised capital may require appointment of an additional auditor.

The auditors shall, in particular, be responsible for ascertaining whether the balance-sheet and the profit and loss account tally with the books, whether the latter are carefully kept and whether the Company's assets and the financial management are in conformity with the rules governing the Company under Article 1.

In the execution of their work, the auditors shall be entitled to consult the Company's books of account and all relevant papers. The balance-sheet and the profit and loss account must be submitted to them at least thirty days before the date of the ordinary meeting of the General Assembly.

Sie erstatten der Generalversammlung, die über den Geschäftsabschluß zu befinden hat, einen schriftlichen Bericht nebst ihren Vorschlägen.

Artikel 29

Die Buchführung und die Bilanz der Gesellschaft werden am Ende eines jeden Kalenderjahres abgeschlossen.

Die Bilanz ist nach den anerkannten Grundsätzen einer gesunden kaufmännischen Geschäftsführung aufzustellen.

Artikel 30

Von dem nach Abzug der Abschreibungen verbleibenden Gewinn werden zunächst 5 v. H. dem ordentlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser ein Fünftel des eingezahlten Grundkapitals erreicht. Der Reservefonds darf nur zur Deckung von Verlusten in Anspruch genommen werden.

Artikel 31

Bei Auflösung der Gesellschaft tritt diese in Liquidation. Sie gilt von diesem Zeitpunkt an als fortbestehend, soweit der Zweck der Liquidation es erfordert.

Die Liquidation wird durch Liquidatoren durchgeführt, die von der Generalversammlung bestellt werden. Aktionäre oder Aktionärsgruppen, die 20 v. H. des Grundkapitals vertreten, können die Bestellung je eines Liquidators verlangen. Die Liquidatoren haben weitestgehende Vollmacht, das Gesellschaftsvermögen in Geld umzusetzen.

Nach Tilgung der Schulden und Rückzahlung der Aktien wird der verfügbare Überschuß unter die Aktionäre im Verhältnis des Nennbetrags der ihnen gehörenden Aktien verteilt.

Ils font à l'Assemblée générale appelée à statuer sur les comptes un rapport écrit, avec leurs propositions.

Article 29

Les comptes et le bilan de la Société sont arrêtés à la fin de chaque année civile.

Le bilan doit être établi conformément aux principes reconnus d'une saine gestion commerciale.

Article 30

Sur le bénéfice apparaissant après déduction des amortissements, il est attribué tout d'abord une part de 5 pour cent au fonds de réserve ordinaire, jusqu'à ce que celui-ci atteigne un cinquième du capital social déjà versé. Le fonds de réserve ne peut être mis à contribution que pour la couverture des déficits.

Article 31

En cas de dissolution de la Société, celle-ci entre en liquidation. Elle est, dès lors, réputée exister pour sa liquidation.

Cette liquidation est effectuée par des liquidateurs désignés par l'Assemblée générale. Tout actionnaire ou groupe d'actionnaires représentant 20 pour cent du capital social peut exiger la désignation d'un liquidateur. Les liquidateurs ont les pouvoirs les plus étendus pour réaliser l'actif de la Société.

Après extinction du passif et remboursement des actions, le solde disponible est réparti aux actionnaires au prorata du montant nominal des actions leur appartenant.

They shall report in writing and submit their proposals to the meeting of the General Assembly at which a decision on the accounts is to be taken.

Article 29

The accounts and balance-sheet must be closed at the end of each calendar year.

The balance-sheet must be drawn up in conformity with the recognised principles of sound business management.

Article 30

Out of the balance remaining after the deduction of depreciation, a sum amounting to 5 per cent shall firstly be allocated to the ordinary reserve fund, until the latter attains one-fifth of the authorised capital already paid up. The reserve fund can only be drawn on to cover deficits.

Article 31

In case of dissolution of the Company, the Company shall go into liquidation, and shall, from that time, be deemed to exist for the purpose of liquidation.

It shall be wound up by liquidators appointed by the General Assembly. Any shareholders or group of shareholders representing 20 per cent of the authorised capital may require the appointment of an additional liquidator. The liquidators shall have full power to realise the assets of the Company.

Once the liabilities of the Company have been satisfied and the shares repaid, the balance remaining shall be distributed between the shareholders in proportion to the nominal value of the shares of which they are registered holders.

Artikel 32

Anlässlich der Liquidation der Gesellschaft wird mit der Regierung des Staates, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, und gegebenenfalls mit den Regierungen der Staaten, in denen sich Anlagen der Gesellschaft befinden, über die mögliche Übernahme der Gesamtheit oder eines Teils der Anlagen sowie über die Lagerung und Überwachung der radioaktiven Abfälle eine Vereinbarung geschlossen.

TEIL VI

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 33

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen durch eingeschriebenen Brief.

Amtliche Bekanntmachungen werden im Moniteur Belge veröffentlicht.

Bei allen anderen Bekanntmachungen entscheidet der Verwaltungsrat, wie sie zu erfolgen haben, und bestimmt gegebenenfalls die Zeitungen, in denen sie erscheinen.

Artikel 34

Jede Änderung dieser Satzung wird der Regierung des Staates notifiziert, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat.

Artikel 35

Diese Satzung tritt gleichzeitig mit dem Übereinkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Paris am 20. Dezember 1957 in französischer, englischer, deutscher, italienischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die bei dem Generalsekretär der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinterlegt wird; dieser übermittlelt jedem Aktionär, der diese Satzung unterzeichnet hat, eine beglaubigte Abschrift.

Article 32

Lors de la liquidation, un accord interviendra avec le Gouvernement de l'État du siège et éventuellement avec les Gouvernements des pays dans lesquels seraient situées des installations de la Société, en ce qui concerne la reprise éventuelle de tout ou partie des installations ainsi que le stockage et la surveillance des déchets radioactifs.

PARTIE VI

CLAUSES FINALES

Article 33

Les communications aux actionnaires sont faites par lettre recommandée.

Les publications officielles ont lieu par la voie du Moniteur Belge.

Pour toutes autres publications, le Conseil d'administration décide de quelle manière elles doivent être faites et désigne, le cas échéant, les journaux où elles paraîtront.

Article 34

Toute modification apportée aux présents statuts est notifiée au Gouvernement de l'État du siège.

Article 35

Les présents Statuts entreront en vigueur en même temps que la Convention.

FAIT à Paris, le 20 décembre 1957, en français, en anglais, en allemand, en italien et en néerlandais, en un seul exemplaire qui restera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation Européenne de Coopération Économique, qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les actionnaires ayant souscrit les présents Statuts.

Article 32

Upon the liquidation of the Company an agreement shall be concluded with the Government of the Headquarters State, and possibly with the Governments of countries in which installations of the Company are situated, as regards the possible taking over of all or part of the installations as well as the storage and control of radioactive wastes.

PART VI

FINAL CLAUSES

Article 33

Correspondence addressed to shareholders shall be forwarded by registered letter.

Publication in the Moniteur Belge shall be deemed to be official notification by the Company of the matter published.

In the case of any other matter to be published, the Board of Directors shall decide the means of publication and, if necessary, shall designate newspapers or other publications for this purpose.

Article 34

Any amendment made to the present Statute shall be notified to the Government of the Headquarters State.

Article 35

The present Statute shall come into force at the same time as the Convention.

DONE in Paris, this twentieth day of December Nineteen Hundred and Fifty Seven, in the French, English, German, Italian and Dutch languages, in a single copy which shall remain deposited with the Secretary-General of the Organisation for European Economic Co-operation by whom certified copies will be communicated to all the shareholders having subscribed to the present Statute.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
Karl Werkmeister

Für die Regierung der Republik Österreich:
Herbert Prack

Für die Regierung des Königreiches Belgien:
R. Ockrent

Für die Regierung des Königreiches Dänemark:
E. N. Bartels

Für das Commissariat à l'Énergie Atomique in Paris:
Pierre Guillaumat

Für das Comitato Nazionale per le Ricerche Nucleari in Rom:
Achille Albonetti

Für die Regierung des Königreiches Norwegen:
Jens Boyesen

Für die Regierung des Königreiches der Niederlande:
E. N. van Kleffens

Für die Junta de Energia Nuclear in Lissabon:
José Calvet de Magalhães

Für Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm:
Ingemar Hägglöf

Für die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft:
Gérard Bauer

Für die Regierung der Türkischen Republik:
M. Tiney

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident das vorliegende Übereinkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 26. Juni 1959.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für Finanzen:

Kamitz

Dieses Übereinkommen ist gemäß seinem Artikel 20 b am 27. Juli 1959 für Österreich in Kraft getreten.

Bis zum 27. Juli 1959 haben folgende Staaten das vorliegende Übereinkommen ratifiziert:

Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweiz, Türkei.

Raab

244. Abänderung der Anlagen zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende und Gepäck im Eisenbahnverkehr und zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Waren im Eisenbahnverkehr.

Die im BGBl. Nr. 188/1956 als Anlagen zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende und Gepäck im Eisenbahnverkehr und zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Waren im Eisenbahnverkehr kundgemachten Vordrucke einer Internationalen Zollanmeldung wurden gemäß Artikel 16 der vorangeführten Abkommen wie folgt abgeändert:

T. I. F.TRANSPORTS INTERNATIONAUX PAR CHEMIN DE FER
INTERNATIONAL RAIL TRANSPORT**Déclaration-soumission internationale de Douane**
International customs declaration1. Document primitif ou registre
Original document or file
.....
.....
.....

2.

3. Le chemin de fer*)

Name of railway*)

représenté par

represented by

Le soussigné*)

I, the undersigned,

fondé de pouvoir des chemins de fer

authorized agent of the Railways

déclare pour

declare for

les marchandises décrites à la page 2 de la présente — et dans les déclarations ci-jointes des expéditeurs numérotées de à — et s'engage à les représenter, dans le délai de jour(s), sous scellement douanier intact, au bureau de douane de

the goods described on page 2 hereof — and in the attached Consignor's Declarations, numbered - — and undertake to re-submit them within days, with Customs seal intact, to the Customs Office at

Wagon*) } N°
Container*) } No(lieu) (date)
(place) (date)

Signature

Certificat de prise en charge
Taking-over certificate4. Bureau de douane
Customs OfficeN°
No

5. Scellement apposé ou reconnu

Seal affixed or recognized

sur
on

(lieu)

(place)

(date)

(date)

L'agent de douane

Customs Official

Cachet
Customs
stamp

6. Vu au départ, le

Seen on departure, on

Signature

Cachet
Customs
stamp

7. Observations (transbordement, rupture de scellements, etc.)

Remarks (transshipment, breakage of seals, etc.)
.....
.....
.....

*) Biffer la mention inutile.

*) Strike out whichever does not apply.

Déclaration du transporteur, du destinataire ou d'une autre personne habilitée
Declaration by the carrier, consignee or other authorized person

24. Je demande par la présente

I hereby request

Compléments ou rectifications éventuels de la déclaration de l'expéditeur

Additions or corrections (if any) to the consignor's declaration

.....
(lieu)

.....
(date)

(place)

(date)

...Signature

Résultats de la vérification douanière ou régime assigné aux marchandises
Results of customs check or rules applicable to the goods[illegible]

(lieu)

(date)

(place)

(date)

Signature

33.

34.

35 Avis de décharge pour le bureau de

Discharge voucher for office at

Déclaration-soumission n°

du

Customs Declaration No.

of

La vérification des marchandises décrites dans la déclaration-soumission mentionnée ci-dessus a permis de reconnaître:

Having been checked, the goods described in the above-mentioned Customs Declaration are recognized:

.....
(lieu)

.....
(date)

(place)

(date)

Bureau de douane

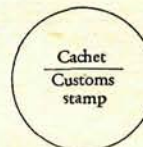
Customs Office

Signature

Certificat de décharge
Discharge certificate

36. Vu à l'arrivée, le
 Seen on arrival, on

Signature



37. Présenté le avec annexes, n° du registre,
 Presented on with annexes, Register No.

Nous, soussignés, agents des douanes au bureau de certifions que les marchandises désignées à la page 2 de la présente — et dans les déclarations ci-jointes numérotées de à — nous ont été représentées sous scellement intact.

We, the undersigned, Customs officials at the Customs Office at hereby certify that the goods described on page 2 hereof — and in the attached Declarations, numbered — were re-submitted to us with their seals intact.

..... (lieu) (date)
 (place) (date)

Signature

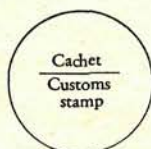
38. Destination donnée aux marchandises
 Disposal of goods

Vu passer à l'étranger
 Seen to have crossed the frontier
 embarqué sur le navire
 shipped aboard
 mis dans l'entrepôt de
 warehoused at
 déclaré en détail
 entered for home use

..... (lieu) (date)
 (place) (date)

Signature

39. Il a été donnée décharge des engagements souscrits sous le n°
 Discharge form No. has been issued in respect of the undertakings entered into



..... (lieu) (date)
 (place) (date)

Bureau de douane
 Customs Office

Signature

40.

Transports internationaux par chemins de fer

International rail transport

..... FEUILLET ANNEXE A LA DÉCLARATION-SOUMISSION INTERNATIONALE DE DOUANE
APPENDIX TO THE INTERNATIONAL CUSTOMS DECLARATION

Résultats de la vérification douanière ou régime assigné aux marchandises
Results of customs check or rules applicable to the goods

[illegible]

T.I.F.

[illegible]

(1) La valeur doit être indiquée dans la monnaie du pays de départ ou dans celle prescrite par les autorités compétentes de ce pays.

(1) The value must be stated in the currency of the country of despatch or in that stipulated by the competent authorities of that country.

T. I. F.INTERNATIONALER EISENBAHNVERKEHR
TRANSPORTS INTERNATIONAUX PAR CHEMIN DE FER**Internationale Zollanmeldung**
Déclaration-soumission internationale de Douane**1. Vordokument**Document primitif ou registre
.....
.....

2.

3. Die Eisenbahn*)

Le chemin de fer*)

vertreten durch

représenté par

Der Unterzeichnete*)

Le soussigné*)

als Bevollmächtigter der Eisenbahn

fondé de pouvoir des chemins de fer

meldet die auf Seite 2 und in den beigefügten weiteren Absendererklärungen
von Nr. bis Nr. vermerkten Waren zur
an und verpflichtet sich, sie binnen Tag(en) mit unverletztem

Zollverschluß dem Zollamt

wieder vorzuführen.

déclare pour
les marchandises décrites à la page 2 de la présente — et dans les
déclarations ci-jointes des expéditeurs numérotées de à — et
s'engage à les représenter, dans le délai de jour(s) sous scellement
douanier intact, au bureau de douane de

Wagen*)

Wagon*)

Behälter*)

Container*)

Nr.

N°

(Ort)

(lieu)

(Datum)

(date)

Unterschrift

Signature

Abfertigungsbescheinigung

Certificat de prise en charge

4. Zollamt

Bureau de douane

Nr.

N°

5. Angelegter oder anerkannter Zollverschluß

Scellement apposé ou reconnu

an

sur

(Ort)

(lieu)

(Datum)

(date)

Der Zollbedienstete

L'agent de douane

Stempel
des
Zollamts
Cachet**6. Gesehen bei der Abfahrt am**

Vu au départ, le

Unterschrift

Signature

Stempel
des
Zollamts
Cachet**7. Bemerkungen (Umladung, Verschlußverletzung usw.)**Observations (transbordement, rupture de scellements, etc.)
.....
.....
.....

*) Nichtzutreffendes streichen

*) Biffer la mention inutile

Anträge des Warenführers, des Warenempfängers oder eines anderen Berechtigten
Déclaration du transporteur, du destinataire ou d'une autre personne habilitée

24. Ich beantrage hiemit

Je demande par la présente

Etwaige Ergänzungen oder Berichtigungen der Absendererklärung

Compléments ou rectifications éventuels de déclaration de l'expéditeur

(Ort)
(lieu)

(Datum)
(date)

Unterschrift
Signature

Zollbefund oder weiteres Zollverfahren

Résultats de la vérification douanière ou régime assigné aux marchandises

[illegible]
$$\frac{(\text{Ort})}{(\text{lieu})}$$
$$\frac{(\text{Datum})}{(\text{date})}$$

Unterschrift
Signature

33.

34.

35. Erledigungsschein/Löschungsanzeige an das Zollamt

Avis de décharge pour le bureau de
Zollanmeldung Nr.

Déclaration-soumission n° du

Gemäß dem Zollbefund sind die in der obigen Zollanmeldung bezeichneten Waren ordnungsgemäß wieder vorgeführt worden:

La vérification des marchandises décrites dans la déclaration-soumission mentionnée ci-dessus a permis de reconnaître:

.....
(Ort)

(lieu)

.....
(Datum)

(date)

Zollamt

Bureau de douane

Unterschrift

Signature _____

Erledigungsbescheinigung Certificat de décharge

36. Gesehen bei der Ankunft am
Vu à l'arrivée, le

Unterschrift
Signature

Stempel
des
Zollamtes
Cachet

37. Abgegeben am mit Anlagen, Register Nr.
Présenté le avec annexes, n° du registre.

Wir, die unterzeichneten Zollbediensteten des Zollamts bescheinigen, daß die auf Seite 2 und in den beigefügten weiteren Erklärungen von Nr. bis vermerkten Waren uns mit unverletztem Zollverschluß wieder vorgeführt worden sind.

Nous, soussignés, agents des douanes au bureau de certifions que les marchandises désignées à la page 2 de la présente — et dans les déclarations ci-jointes numérotées de à — nous ont été représentées sous scellement intact.

..... (Ort) (Datum)
..... (lieu) (date)

Unterschrift
Signature

38. Weitere Verfügung über die Waren
Destination donnée aux marchandises

Unter Zollaufsicht über die Zollgrenze gebracht

Vu passer à l'étranger

Verladen auf Schiff

embarqué sur le navire

Eingelagert in das Zollager — Zollvormerklager von

mis dans l'entrepôt de

Zum fre'en Verkehr (zur Einfuhr) abgefertigt

déclarée en détail

..... (Ort) (Datum)
..... (lieu) (date)

Unterschrift
Signature

39. Die eingegangenen Verpflichtungen sind gelöscht unter Nr.

Il a été donnée décharge des engagements souscrits sous le n°

..... (Ort) (Datum)
..... (lieu) (date)

Stempel
des
Zollamts
Cachet

Zollamt
Bureau de douane
Unterschrift
Signature

40.

Internationaler Eisenbahnverkehr

Transports internationaux par chemins de fer

ZUSATZBLATT ZUR INTERNATIONALEN ZOLLANMELDUNG
FEUILLET ANNEXE A LA DÉCLARATION-SOUMISSION INTERNATIONALE DE DOUANE

[illegible]

T. H. F.

[illegible]

¹⁾ Der Wert ist in der Währung des Abgangslandes oder der von den zuständigen Behörden dieses Landes vorgeschriebenen Währung anzugeben.

(¹) La valeur doit être indiquée dans la monnaie du pays de départ ou dans celle prescrite par les autorités compétentes de ce pays.

Die vorstehenden Vordrucke einer Internationalen Zollanmeldung sind gemäß Artikel 16 der beiden obangeführten Abkommen am 26. Mai 1959 in Kraft getreten.

Raab

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.